

# Kornilow

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 2.90 RM., monatlich 1.00 RM.,  
 wöchentlich 80 Pf. frei ins Haus,  
 bezugslos. Einzelne Wochennummern  
 5 Pf. Sonntagsnummer  
 mit illustrierter Beilage „Die Neue  
 Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich  
 1.50 RM. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM.  
 monatlich. Postbestellungen nehmen  
 an Dänemark, Holland, Luxemburg,  
 Schweden u. die Schweiz, Eingetragene  
 in die Postzeitungs-Verzeichnisse.  
**Vertrieb:** täglich.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Der Anzeigenpreis**  
 Beträgt f. die Nebenzeilenebene Kolonnen-  
 zeile 50 Pf. „Kleine Anzeigen“  
 das festgedruckte Wort 20 Pf. (zu-  
 lässig 2 festgedruckte Worte), jedes  
 weitere Wort 10 Pf. Stellengeld  
 und Schließelangelegenheiten das erste  
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.  
 Worte über 16 Buchstaben zählen für  
 zwei Worte. Kreuzungsbuchung 50%  
**Kleinanzeigen 50 Pf.**  
 politische u. gewerkschaftliche Bekannt-  
 machungen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,  
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-  
 gegeben werden. Schließt von 8 Uhr  
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Mittwoch, den 12. September 1917. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Kornilow marschiert auf Petersburg

**Kornilow in bedrohlicher Nähe.**  
 Petersburg, 10. September, 8 Uhr abends. (Neutr.)  
 Auf der Eisenbahnlinie zwischen Luga und Petersburg sind die  
 Schienen aufgerissen worden. Die erste Abteilung der Trup-  
 pen Kornilows soll bereits in Luga (100 Werst von der  
 Hauptstadt), wo sich Abteilungen regierungstreuer Truppen  
 befinden, eingetroffen sein; die sogenannte „Wilde Division“,  
 die Kornilow befehligt hat, verließ Pskow und setzte sich in der  
 Richtung auf die Hauptstadt in Bewegung; sie ist auf der  
 Station Wyriha (54 Werst von Petersburg), an der Linie  
 Petersburg-Rybinsk, eingetroffen, wo der ganze Zugverkehr  
 stillgelegt worden ist.

**Die Flotte für die Regierung.**  
 Petersburg, 11. September. Neutermeldung. Der in  
 der baltischen Flottenbasis kommandierende Admiral hat einen  
 Tagesbefehl erlassen, in dem er die Flotte auffordert, den Feind  
 im Auge zu behalten, jede Provokation zu vermeiden und sich den  
 Befehlen der Regierung zu fügen.  
 Wo aber ist die Regierung?

**Kosaken gegen den Bürgerkrieg.**  
 Petersburg, 10. September. (Neutermeldung.) Kerenski  
 hat heute eine Kosakenabordnung empfangen, die erklärte,  
 sie sehe es als patriotische Pflicht an, einen Bürgerkrieg zu ver-  
 hüten und an der Beilegung des Konflikts zwischen Kornilow und  
 der vorläufigen Regierung mitzuwirken. Zu diesem Zweck begibt  
 sich die Abordnung heute nach dem Großen Hauptquartier.

**Kraftprobe Kerenski-Kornilow.**  
 Russland vor dem Bürgerkrieg?  
 Nachdem der russische offiziöse Draht mit überraschender  
 Wäglichkeit den Ausbruch des offenen Konflikts zwischen Ke-  
 renski und Kornilow gemeldet hatte, ist er ebenso plötzlich  
 und geheimnisvoll wieder verstummt. Seit 24 Stunden ist  
 eine Nachricht der Petersburger Telegraphenagentur über den  
 Fortgang der Dinge (außer einer nebensächlichen Zusammen-  
 stellung von Presstimmen) nicht eingetroffen. Schon dieser  
 Umstand läßt darauf schließen, daß es Kerenski bisher nicht  
 gelungen ist, Herr der Situation zu werden,  
 daß namentlich auch Kornilow die Absehung durch Kerenski  
 nicht annimmt. Denn andernfalls würde sich Kerenski  
 wohl beeilt haben, dieses Ereignis der Welt mitzuteilen.  
 Es war allerdings von vornherein anzunehmen, daß ein  
 Generalissimus, der den Chef der zivilen Gewalt für abgesetzt  
 erklärt, sich nicht gutwillig fügen würde, wenn dieser seiner-  
 seits die Absehung auspricht. Kornilows ganzes Auftreten  
 lief auf einen Konflikt auf Biegen oder Brechen hinaus. Dabei  
 ist sehr schwer vorauszusagen, welcher der beiden Rivalen die  
 größere Aussicht auf Sieg hat, weil die Kräfte, auf die sich ein  
 jeder stützen kann, hier nur sehr ungenügend bekannt sind.  
 Kornilow hat anscheinend die Generalität und den größten  
 Teil der Offiziere des Heeres hinter sich. Hierfür spricht die  
 nachstehende Meldung unseres Stockholmer Sonderbericht-  
 erstatters, die gleichzeitig auch einiges Licht auf die Vor-  
 geschichte des Konflikts wirft.

Stockholm, 11. September. (Eigener Drahtbericht des  
 „Kornilow“.) Aus einem im Sowjet-Bulletin wiedergegebenen  
 Jowtscha-Artikel geht hervor, daß der russische Staatsstreich von  
 der russischen Generalität mit vorbereitet  
 war. Der Artikel beschäftigt sich mit der größten Taktik gegen  
 die Armee. Zuerst wurde beim Komitee der 2. Armee  
 gehandelt, darauf folgte die vom General Konowitsch befohlene  
 Einstellung und Konfiskation des Komiteeorgans der 10. Armee.  
 Auf Befehl dieses Armeekommandanten werden jetzt in der  
 Staatsdruckerei, welche früher das erwähnte Blatt, die „Stimme  
 der 10. Armee“ druckte, die Bulletins des realis-  
 tischen Verbandes der Offiziere des Großen Haupt-  
 quartiers hergestellt. Den Anlaß zu der Verfügung gab, daß das  
 Armeekomitee auf die wachsende Gegenrevolution und auf die  
 Umtriebe der Vorgesetzten hingewiesen hatte.

Es wird allerdings die Frage sein, ob die Offiziere die  
 Soldaten zu einem Handel in ihrem Sinne werden mitreißen  
 können. Dabei ist zu beachten, daß die Disziplin der Ar-  
 mee erheblich gelockert ist und daß eine Inanspruchnahme  
 des Heeres zur Entscheidung innerer Konflikte ihre höchste  
 Belastungsprobe darstellt. Wo Kornilow sich gegen-  
 wärtig aufhält, steht nicht fest. Einige Privatmeldungen Ber-  
 liner Blätter sprechen von einem Einzug Kornilows in  
 Kiew, wo er angeblich mit großem Jubel empfangen worden  
 sein soll. Dagegen lassen „Daily News“ Kornilow Vorberei-  
 tungen zu einem Zuge auf Petersburg treffen. Nach den  
 letzten Meldungen steht Kornilow nicht mehr weit von der  
 Hauptstadt entfernt.  
 Kerenski befindet sich derzeit in Petersburg in einer  
 recht heiklen Lage. Er stützt sich wohl auf einen Teil der Ar-  
 beiter- und Soldatenträte, vielleicht auch auf einige linksgerich-

tete Elemente des Bürgertums; aber große Massen der Ar-  
 beiter sind ihm wegen seiner Maximalistenerfolgungen feind-  
 lich gesonnen und betrachten ihn als Verräter an der Revolu-  
 tion. Wenn auch Kornilow vom Standpunkt der Revolution  
 aus unbedingt als das größere Übel erscheinen müßte, so ist  
 doch fraglich, ob sie sich für Kerenski schlagen würden. Dazu  
 ist Kerenski, wenn die Entscheidung des Konflikts auf das  
 rein militärische Gebiet verlegt wird, entschieden dem  
 General Kornilow unterlegen. Unwillkürlich drängt sich die  
 Parallele des Sturzes Robespierres auf. Robespierre war  
 ebenso wie Kerenski ein unpolitisch-kastrischer  
 Leiter der Revolution; trotz seiner scheinbar unbegrenzten dik-  
 tatorischen Macht wurde er schließlich von einem fast  
 lächerlich geringen militärischen Aufgebot überwältigt.  
 Einweilen hat Kerenski schon eine schwere Niederlage  
 erlitten. Das zeigt die folgende Meldung:

Petersburg, 11. September. (Neutermeldung.) In-  
 folge der Aufforderung des Oberbefehlshabers Kornilow ist das  
 ganze Kabinett zurückgetreten, um Kerenski volle Handlungs-  
 freiheit zu geben. — Alle Minister führen vorläufig ihre Ge-  
 schäfte fort. Am Morgen war die Stadt ruhig.

Der Rücktritt ist angeblich erfolgt, um Kerenski Hand-  
 lungsfreiheit zu geben, ebenso möglich, ja möglicher erscheint  
 es aber, daß Kerenskis Ministerium wenig Neigung verspürte,  
 für den Diktator seine Haut zu Markte zu tragen. Der Rück-  
 tritt des Ministeriums mutet fast an, wie eine Axi Neutra-  
 litätsklärung in dem Konflikt zwischen den beiden  
 mächtigsten Männern. Wenn aber Kerenski nicht einmal die  
 Zivilgewalt fest hinter sich hat, so stehen seine Aussichten  
 äußerst schlecht.

Das Fehlen offizieller russischer Meldungen, die nur  
 teilweise durch Neuternachrichten ersetzt werden, gibt natür-  
 lich den Fabrikanten von Sensationstelegrammen freie Hand,  
 und so nimmt es nicht wunder, daß ein Teil der Presse mit  
 allen möglichen phantastischen Nachrichten über Stockholm,  
 Kopenhagen usw. angefüllt ist. Gestern nachmittag tauchte  
 u. a. die Meldung auf, daß Kerenski von Kosaken ermordet  
 worden sei. Jrgendeine Bestätigung dieser Meldung ist bis-  
 her aber nicht eingetroffen.

Petersburg, 10. September. (Meldung der Petersburger  
 Telegraphenagentur.) Die Zeitungen besprechen kurz den Bruch  
 der vorläufigen Regierung mit dem Oberkommandierenden  
 Kornilow.

„Iswestija“, das Blatt des Soldaten- und Arbeiterrats,  
 ist der Ansicht, daß die Einigung aller Kräfte der revo-  
 lutionären Demokratie jetzt mehr als je notwendig sei. „Dien“  
 schreibt, auf die russische Freiheit sei ein schwerer Anschlag  
 verübt worden. Das Blatt fordert zur Ruhe und Unterhän-  
 gung der Regierung auf und ermahnt jeden Bürger, in diesen Tagen  
 tödlicher Gefahr für Russland auf seinem Posten zu sein.  
 „Mjtsch“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß beide Seiten ver-  
 nünftig sein werden und es nicht bis zum Bürgerkrieg werden  
 treiben wollen. „Kowoi Wremja“ schreibt, das Land stehe  
 vor einer verhängnisvollen Lösung. Alle inneren  
 Streitigkeiten und politischen Meinungsverschiedenheiten sollten  
 vor dem Problem der Rettung des Vaterlandes vergehen  
 werden.

### Eine monarchistische Organisation in Petersburg.

Bern, 11. September. Der russische Mitarbeiter des „Bund“  
 meldet: In Petersburg wurde eine großangelegte monarchistische  
 Organisation, „Das heilige Russland“, entdeckt, dessen Sprachrohr  
 die unlängst eingegangene Zeitung „Grosa“ war, die hauptsächlich  
 unter den Truppen an der rumänischen Front ver-  
 teilt wurde. „Grosa“ schrieb offen, nur der Zar könne Russland  
 Brot und Frieden geben. Die Engländer und Franzosen seien die  
 Feinde Russlands. Man müsse sofort Frieden schließen. Die Haupt-  
 führer der Organisation waren Badmajew, der Arzt Protopopow,  
 Glinka Janschewski, der frühere Redakteur der konservativen  
 „Sensschschina“, und dessen Mitarbeiter Slotnikow, die alle ver-  
 harrt wurden.

### Nikolaus Nikolajewitsch flüchtig?

Kopenhagen, 11. September. „Politiken“ meldet aus Helsing-  
 fors, in Petersburg seien hartnäckige Gerüchte verbreitet, daß der  
 Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch von seinem Oale  
 im Kaukasus geflüchtet sei, da er fürchtete, verhaftet zu  
 werden. Man glaube, daß er an einer gegenrevolutionä-  
 ren Verschwörung beteiligt sei.

### 10 Milliarden Kriegssteuern in den U. S.

Washington, 10. September. Neutermeldung. Der Senat hat  
 die Kriegsteuervorlage angenommen, durch die Steuereinnahmen  
 von etwas unter 2400 Millionen Dollar erzielt werden sollen. Das  
 Repräsentantenhaus hatte nur Steuern im Gesamtbetrag von  
 1800 Millionen bewilligt. Die Steuervorlage geht jetzt an das  
 Repräsentantenhaus zurück.

### Irrfahrt 1904.

An Krieg und Bündnis vorbei.

In der „Nordd. Allgem. Ztg.“ wird die Geschichte weiter  
 erzählt, wie wir im Jahre 1904 beinahe ein Bündnis mit  
 Russland und einen Krieg mit England bekommen  
 hätten. Das deutsche Volk hatte um diese Ereignisse nichts  
 gewußt, es wäre von ihnen überrascht worden und nicht  
 gerade aufs angenehmste. Die engen Beziehungen, die  
 Deutschland damals zu Russland unterhielt, waren allerdings  
 nicht unbekannt. 1904 war ja das Jahr des berühmten  
 Königsberger Hochverratsprozesses, der  
 gegen deutsche Sozialdemokraten eingeleitet wurde, weil sie  
 den russischen Freiheitskampf unterstützten und „Majestäts-  
 beleidigung gegen den Zaren“ verübt hatten. Damals höhnte  
 Fürst Bülow im Reichstag über die russischen „Schmorzer  
 und Verschwörer“, die „Mandelstamm und Silberfarb“, der  
 Justizminister Schönstedt verbreitete sich im Abgeord-  
 netenhaus in heiterer Laune über die Verhältnisse  
 einer in Berlin verhafteten russischen Revolutionärin und  
 sprach dann das pathetische Wort: „Tua res agitur“. „Um  
 deine Sache handelt es sich.“ Er proklamierte damit die  
 preussisch-russische Solidarität wider den Umsturz.

Die Sympathie aller freiheitsliebenden Teile des deut-  
 schen Volkes stand auf Seiten der russischen Revolution, der  
 Wunsch, daß das zarische System im fernen Osten ein Phi-  
 lippi erleben möge, war fast allgemein. Am 21. Oktober  
 hatte nun die nach Ostasien auslaufende baltische Flotte an  
 der Doggerbank ihr tragisch-groteskes Abenteuer mit einer  
 englischen Fischerflotte gehabt, die sie für eine japanische  
 Torpedobootflotte gehalten und beschossen hatte. In Deutsch-  
 land beklagte man allgemein den Tod der unschuldigen  
 Fischer, der, wie man allgemein behauptete, nur durch die  
 sinnlose Trunkenheit des russischen Admirals Roschdestwenski  
 verschuldet war. Dieser Roschdestwenski erfreute sich in  
 Deutschland seitdem derselben ungekehrten Popularität wie  
 der russische Heerführer Kuropatkin, den der Berliner Wit  
 mitteillos den General „Kurofipadibn“ getauft hat. Sein  
 Gegner war nämlich der japanische General Kuroki.

Wie ein Märchen mutet es nun an, daß wir damals  
 beinahe an der Seite von Nikolaus, Roschdestwenski und  
 Kuropatkin in den Krieg gegen England-Japan geraten  
 wären. Es soll hier gar nicht weiter untersucht werden, ob  
 die öffentliche Meinung Deutschlands im Jahre 1904 auf der  
 richtigen Seite gelegen hat oder auf der falschen; sicher ist,  
 daß nie ein Krieg so unpopulär gewesen wäre, wie der gegen  
 England und Japan an der Seite des zarischen Russland.  
 Drohte ein solcher Krieg, so war es notwendig, die Volks-  
 stimmung auf ihn vorzubereiten, aber von dieser Vorberei-  
 tung zeigte sich nicht die geringste Spur. Hier enthielt sich  
 das abfädelnde Herrbild einer geheimen Kabinettspolitik  
 gegen dem überheblichen Bülow-Worte: „Die auswärtige  
 Politik des Deutschen Reiches wird nicht in der Hofenheide  
 gemacht.“

Welche Aussicht hatte Deutschland in einem solchen  
 Krieg? Keine andere als die auf eine vollständige  
 Niederlage. Wilhelm II. sagt es selber in seinem Brief  
 an den Zaren, daß seiner kleinen Flotte im Kampfe gegen  
 Englands Seegewalt der zerschmetternde Ruin gedroht haben  
 würde. Mit desto größerem Erstaunen liest man heute in  
 den weiteren Veröffentlichungen der „Nordd. Allgem. Ztg.“  
 eine deutsche an Russland gerichtete Note vom 11. Dezember  
 1904, die nach einer Darlegung des schon bekannten Streits  
 um die deutschen Kohlenlieferungen an Russland folgendes  
 ausführt:

Hieraus geht hervor, daß Deutschland ein Konflikt mit den  
 beiden in Frage stehenden Mächten England und Japan droht.  
 Die kaiserliche Regierung sieht sich daher genötigt, der kaiserlich  
 russischen Regierung die Frage vorzulegen, ob sie sich verpflichtet,  
 Deutschland mit allen Mitteln, über die sie verfügt, in allen Schwei-  
 rigkeiten beizustehen, die infolge von Kohlenlieferungen an die  
 russische Flotte während des gegenwärtigen Krieges entstehen  
 könnten.

Sollte es der kaiserlich russischen Regierung nicht möglich  
 sein, der kaiserlichen Regierung eine Zusage in diesem Sinne  
 zu geben, so würde sich die deutsche Regierung genötigt sehen,  
 hinsichtlich der Kohlenversorgung ohne Verzug  
 die Maßnahmen zu treffen, die die Sicherheit  
 des Reiches erfordert.

Die kaiserliche Regierung wird diese Maßnahmen ohne Ver-  
 zug ergreifen müssen, falls zur Zeit der Ankunft der Flotte des  
 Admirals Roschdestwenski in Madagaskar die in Frage stehende  
 Zusage nicht an die deutsche Regierung gelangt sein sollte.

Der Leser fragt sich erstaunt, welche Hilfe denn das  
 wasserfreie und obendrein in Ostasien überbesetzte Auf-  
 land dem Deutschen Reich im Fall eines Konfliktes mit Eng-  
 land hätte leisten können? Die russische Antwort vom

12. Dezember, mit der die „Norddeutsche“ ihre gestrige Veröffentlichung abschließt, wirkt mit ihrer feierlichen Zusage ein wenig humoristisch. Sie lautet:

„Ich habe nicht verfehlt, Seiner Majestät dem Kaiser den Inhalt der sehr vertraulichen Aufzeichnungen zu unterbreiten, die Euerer Exzellenz mit gestern übermittelt haben, und namentlich auch Ihre Mitteilung dahingehend, daß die Kaiserlich deutsche Regierung sich genötigt sieht, der Kaiserlich russischen Regierung die Frage vorzulegen, ob sie sich verpflichtet, Deutschland mit allen Mitteln, über die sie verfügt, in allen Schwierigkeiten beizustehen, die infolge von Kohlenlieferungen an die russische Flotte während des gegenwärtigen Krieges entstehen könnten.“

Mein erhabener Herrscher hat gerulrt mir zu befehlen, Euerer Exzellenz diese Frage in bejahendem Sinne zu beantworten, sowie Euerer Exzellenz zu bitten, Ihrer Regierung die förmliche Zusicherung übermitteln zu wollen, daß die russische Regierung entschlossen ist, bezüglich der Frage der Kohlenlieferungen völlig an die Seite der Kaiserlich deutschen Regierung zu treten in der festen Überzeugung, daß diese ihrerseits, wie Euerer Exzellenz es mir gestern bestätigt haben, die freundschaftliche Haltung, die sie bis jetzt gezeigt hat, beibehalten und die Kohlenlieferungen an die russische Flotte erleichtern wird. Diese gegenseitige Gewähr der beiden benachbarten und befreundeten Kaiserreiche wird, hoffe ich, zu ihrem vollen Einvernehmen beitragen, das bei der gegenwärtigen Lage für ihre wechselseitigen Interessen so wesentlich und wünschenswert ist.

Indem ich Ihnen auf Allerhöchsten Befehl vorstehende Erklärung übermittle, benutze ich diesen Anlaß, Ihnen, Herr Volschaffter, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung zu erneuern.

Der schwungvolle Stilist, der diese Veröffentlichungen mit seinen munteren Reden begleitet, sucht den Anschein zu erwecken, als ob die deutsche Politik gegenüber England seitdem von „Vorsicht und Wachsamkeit“ geleitet gewesen sei und als ob sie in der Folgezeit bemüht gewesen sei, „den angesprochenen Faden einer Verständigung mit Rußland nicht abreißen zu lassen“. In Wirklichkeit hat die deutsche Politik nicht allzulange darauf jenen berühmten Salto mortale nach der englischen Seite vollzogen, über den man heute hierzulande am liebsten nicht spricht. Rußlos a e b l i e b e n ist aber das Liebeswerben hier wie dort.

Das Erbe, das Herr v. Bethmann Hollweg von seinem Vorgänger übernahm, war ein vollständiges Chaos. Man muß Herrn v. Bethmann Hollweg die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er versucht hat, in die auswärtige Politik des Reiches einen vernünftigen Gedanken zu bringen. Auf welche Hindernisse er dabei stieß, das zu erörtern, wird die Aufgabe einer späteren Zeit sein. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß sich die Gegner von 1904, England-Japan-Rußland, alle drei zehn Jahre später gegen Deutschland zusammengefunden haben. Es ist phantastisch, aber nur allzu wahr.

Der erzkonserervative „Reichsbote“ schreibt:

Einer geschickteren und genialeren Diplomatie wäre es wahrscheinlich gelungen, die Einkreisung zu verhindern oder sie doch wenigstens minder vollständig und gefährlich für uns werden zu lassen. Wir denken da z. B. an die Behandlung Japans und Rußlands. Hätte die englische Diplomatie hier nicht mit so großem Geschick und völkerverständnis Scharfblid manövriert, so wäre die weltpolitische Konstellation gegenwärtig doch vielleicht etwas anders.

Deutschland, das Rußland während seines Krieges mit Japan großes Wohlwollen erwies, hat dafür nichts als Un dank geerntet; England, das dem russischen Bären durch die Japaner recht gründlich die Taten beschneiden ließ und dann dem Bärenreich gegenüber den Piedermeier spielte, trug die Früchte davon.

Die „Post“ veröffentlicht eine Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen, die die Kritik der auswärtigen Politik seit Bismarck, die jetzt so vielfach geübt werde, als „nur zu berechtigt“ bezeichnet und weiter ausführt:

Auch die Führung der auswärtigen Politik muß von autoritativen Persönlichkeiten frei bleiben und streng in das konstitutionelle System eingeordnet werden. Dann wird man auch wieder auf die Stetigkeit und Sicherheit der Leitung der auswärtigen Politik rechnen dürfen, wie zu Bismarcks Zeit. Die Leitung der auswärtigen Politik im streng konstitutionellen Sinne ist aber auch die Voraussetzung für die volle Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Artikels 11 der Verfassung. (Art. 11 umschreibt die Befugnisse der Kaiserin und sein Verhältnis zu Bundesrat und Parlament.) Darüber kann nach den Vorgängen des letzten Jahres kaum ein Zweifel bestehen, man öffnet andernfalls den Bestrebungen auf Parlamentsherrschaft auf diesem Gebiete Tür und Tor. Solle Rückkehr zu den guten Traditionen der Bismarckschen Zeit ist daher auch in diesem Punkte das Gebot der Stunde.

Zur Rückkehr zu Bismarckschen Traditionen gehört aber vor allem ein Bismarck. Solange die konservative Presse einen solchen nicht nachweisen kann, wird sie den „Bestrebungen auf Parlamentsherrschaft“ nichts Wirkames entgegenzustellen imstande sein.

Der Übergang zum parlamentarischen System ist eine deutsche Lebensnotwendigkeit!

## Stockholm.

### Die russischen Delegierten nicht pessimistisch.

Stockholm, 11. September. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute berichtete die russische Delegation über die Situation in den Entente-Ländern. Das Referat Erlichs war keineswegs pessimistisch. Er hat den Eindruck, daß die Stockholm-Idee, namentlich auch in England, fortschreitet. In Komiteekreisen wurde die Stimmung durch die heutige Sitzung entschieden verbessert. Die Hauptfrage ist jetzt auf Rußland gerichtet.

### Vive Stockholm!

Stockholm, 11. September. (Eigener Drahtbericht d. „Vorwärts“.) Unter Stockholmer Berichterstatter erfährt zuverlässig, daß sich in Frankreich ein mächtiges Anwachsen der Friedensbewegung bemerkbar macht. Bei dem Vorbeimarsch vor Poincaré riefen ganze Regimenter: „Vive Stockholm!“

### Die internationale Gewerkschaftskonferenz.

Bern, 10. September. (Meldung der Schweizerischen Depeschentagentur.) Auf das Einladungsschreiben des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zur internationalen Gewerkschaftskonferenz, die am

## Artilleriekampf in Flandern — Starke französische Angriffe östlich der Maas gescheitert — Russische Offensive in der Bukowina — Die 11. Isonzoschlacht für die Italiener verloren.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 11. September 1917. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Der Artilleriekampf in Flandern erreichte an der Küste und im Bogen von Ypern zeitweilig große Stärke.

Vorhänge der Engländer südlich von Langemarck und nördlich von Frezenberg wurden zurückgewiesen.

Bei Bileret, nordwestlich von St. Quentin, entspannen sich heute morgen neue Gefechte, die für uns günstig ausgingen.

#### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Unternehmungen französischer Erkundungsgruppen, meist durch heftiges Feuer vorbereitet, wurden nordwestlich von Reims und in mehreren Abschnitten der Champagne zum Scheitern gebracht.

Auf dem östlichen Maas-Ufer griffen gestern Morgen starke französische Kräfte vom Josses bis zum Chauve-Wald (3 1/2 Kilometer) an. Südlich des Mavrille-Waldes in unsere Kampfbzone eingedrungenen Feind wurde durch Gegenstoß geworfen, an der übrigen Front drachen die französischen Sturmwellen in unserem Abwehrfeuer verlustreich zusammen. Im Laufe des Tages noch mehrfach erfolgreiche Angriffsversuche des Gegners schlugen stets fehl. Im Nachdrängen schoben wir an einigen Punkten unsere Linien vor.

Leutnant Boh schoß gestern drei feindliche Piloter ab; er erhöhte dadurch die Zahl seiner Luftsiege auf 45.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

#### Front Prinz Leopold.

Zwischen den russischen und unseren Stellungen vom Meer bis zur Düna zahlreiche Zusammenstöße von Vortruppen. Der Feind löste Gefangene ein.

Vorstöße russischer Streifabteilungen im Waldgebiet nördlich von Gusiathu und am unteren Jbrucz wurden abgewiesen.

#### Front Erzherzog Joseph.

Im Südsüdpol der Bukowina sind die Russen zum Angriff übergegangen; sie errangen nur örtliche Vorteile bei Soltka.

Zwischen Tratus- und Ditoz-Tal hat der Feind seine vergeblichen Angriffe bisher nicht wiederholt.

#### Mazedonische Front.

Im Berggelände südwestlich des Ohrida-Sees verwehrt deutsche und österreichisch-ungarische Kräfte den Franzosen gestern weiteres Vordringen.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

## Abendbericht.

Berlin, 11. September 1917, abends. Amtlich.

Bisher keine Meldung über größere Kampfhandlungen.

1. Oktober in Bern stattfindet, sind schon zahlreiche Anmeldungen eingegangen. Die Gewerkschaften der Entente-Länder befinden sich gegenwärtig auf einer Versammlung in London, um zur Berner Konferenz endgültig Stellung zu nehmen. Am Termin vom 1. Oktober wird festgehalten.

## Ministerium Painlevé?

Maly und mit Maly auch Ribot sind von Jingoisten und Erzrückwärtlern belächelt worden. Dazu waren die französischen „Alldeutschen“ stark genug; zur Eroberung der politischen Macht fehlen ihnen offenbar die Kräfte. Das ist bis jetzt das charakteristische Kennzeichen der Krise.

Poincaré hat Painlevé mit der Bildung des Ministeriums betraut, der sich einige Bedenkzeit ausbat, um Grundlagen und mögliche Sicherungen seiner Kabinettsbildung vor Übernahme einer offiziellen Mission kennen zu lernen.

Painlevé hat Ribot seine Mitarbeit verweigert, der, nachdem er von Thomas einen Korb erhalten hatte, ein Ministerium ohne Sozialisten bilden wollte. Damit ist auch schon gesagt, daß, wenn die Kabinettsbildung Painlevé gelingt, das Ministerium aus links stehenden, strammen Republikanern besteht, starken sozialistischen Einschlag hat und im Gegensatz zu dem bisherigen Koalitionsministerium eine scharf prononzierte Mehrheitsregierung darstellt. Wenn Painlevé die Kabinettsbildung gelingt, so wird mit Recht gesagt werden können, daß die schwerste Ministerkrise, die Frankreich seit Kriegsbeginn — und noch dazu in einem für die Entente höchst ungünstigen Zeitpunkt — hatte, verhältnismäßig leicht und schmerzlos gelöst werden konnte, weil das parlamentarische System automatisch dem Mehrheitswillen Geltung verschuf.

Persönlich sei noch von Painlevé gesagt, daß er, ursprünglich Professor der Mathematik, als Unterrichtsminister in das Kabinett Briand eintrat, unter Ribot Kriegsminister wurde und sich als solcher trotz seiner bürgerlichen Kleidung allgemein anerkannte Verdienste um die Landesverteidigung Frankreichs erwarb.

Die große Bedeutung, die die Sozialisten in dem geplanten Ministerium haben, gibt ihnen die Möglichkeit, die Ehrlichkeit ihres starken Willens für Stockholm zu beweisen. So kann die Stockholmer Konferenz vielleicht einen neuen Impuls empfangen, besonders, wenn das antiflerikale Frankreich nicht einen Großteil des Verdienstes um die Beschleunigung des Friedens dem Papst überlassen will.

### Kerenski und das deutsche Friedensangebot.

In seiner Eröffnungsrede des Moskauer Nationalkongresses hat Kerenski über angebliche deutsche Friedensangebote Dinge vorgebracht, die hier mit Recht Erstaunen hervorgerufen haben. Nach dem damaligen durch W. Z. B. übermittelten Bericht der Petersburger Telegraphenagentur äußerte Kerenski folgendes:

„Vor einiger Zeit haben wir mit Entrüstung den Vorschlag eines Sonderfriedens zurückgewiesen. Vor einigen Tagen waren

## Der österreichische Bericht.

Wien, den 11. September 1917. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Soltka in der Bukowina drückte ein russischer Angriff unsere Linien etwas zurück. Am Pruth und in Hgalizien beiderseits lebhafteste Erkundungstätigkeit.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kampfpause am Isonzo dauert an. Mögen die Italiener immerhin noch weitere Angriffe beabsichtigen, so kann das bisherige Ergebnis der am 17. August entbrannten 11. Isonzoschlacht doch dahin festgesetzt werden, daß auch diese neue Kraftprobe des Feindes keinerlei Änderung in der Kriegslage im Südwesten herbeizuführen vermochte, und daß die Schlacht bis zur Stunde zweifellos einen neuen Mißerfolg der Italiener bedeutet.

Auf der Karsthochfläche bedeutet die Einnahme des Dorfes Selo, das zu Beginn der Kämpfe in unserer vordersten Linie lag, den einzigen Vorteil, der dem Gegner zuziel. Was wir am Südflügel der Karststellung an einzelnen Gräben vorübergehend verloren hatten, ist durch Gegenstoß zurückgewonnen worden. Gatten unsere Führer und ihr Generalfuß in rascher, gründlicher Anwendung der Kriegserfahrung für die siegreiche Abwehr die Vorbedingung geschaffen, so errangen unsere braven Truppen — ihnen wie immer voran die Infanterie als ruhmvollste Trägerin schwersten Kampfes — in Beispiel gebendem Heldennut neuerlich dauernden Ruhm.

Gleich Erfolg bringend verliefen für unsere Tapferen Kämpfe im Wippachtale und bei Görz, wo nicht ein einziger schmaler Graben in Feindeshand verblieb.

Auf der Hochfläche von Bainizza-Heiligengeist war den Italienern ein Anfangserfolg vergönnt, der unsere Führung veranlaßte, 15 Kilometer der Frontlinie auf zwei bis sieben Kilometer zurückzunehmen. Von da an scheiterten alle Versuche des Feindes, durch mächtige Angriffe auf den Monte San Gabriele und gegen den Abschnitt nordöstlich davon, den unter großen Opfern errungenen ersten Raumgewinn zu einem operativen Erfolg auszubauen. Die Kriegslage am Isonzo ist durch die Ereignisse bei Trb und Bainizza in keiner Weise beeinflusst worden. Das Ringen um den Monte San Gabriele im Besonderen wird stets dann anzuführen sein, wenn es Beispiele zäh, ruhmvollsten Verteidigungskampfes hervorzuhelien gilt. Das italienische Kraftaufgebot in der 11. Isonzoschlacht — 48 Divisionen auf kaum ebensoviele Kilometer angelegt — sucht an Masseneinsatz in allen Angriffsschlachten des Weltkrieges seinesgleichen. Die italienischen Verluste entsprechen dieser Gefechtsführung. Sie betragen — die 20 000 Gefangenen mitgezählt — nach strengster Berechnung 230 000 Mann, also fast ein Viertel einer Million. Die Heeresgruppe des Generalobersten von Boroevic darf auf den jüngsten Erfolg die beste Zuversicht setzen, daß an ihrem siegreichen Widerstand auch fernerhin alle Anstürme des um Länderraub kriegsführenden Feindes zerfallen werden.

### Albanien.

Der Feind ging gestern nachmittag gegen unsere Gebirgsstellungen östlich von Pogradec zum Angriff vor und wurde überall abge schlagen, an zwei Stellen durch schneidigen Gegenstoß österreichisch-ungarischer Bataillone. Im Räume südlich von Berat wiesen unsere Sicherungsgruppen feindliche Streifabteilungen in lebhaften Kämpfen zurück. Ein italienisches Schiffsgeschwader beschloß aus der Gegend nördlich der Bojusa-Mündung das alte, an geschichtlichen Erinnerungen reiche Kloster Fosani. Dieses wurde gleichzeitig von Fliegern bombardiert, welche mehrere Einwohner töteten. Der Chef des Generalstabes

wir zeugen eines neuen schmachlichen ähnlichen Versuches, der sich gegen unsere Verbündeten richtete. Diese haben ihn mit derselben Entrüstung zurückgewiesen und im Namen des großen russischen Volkes sage ich unsern Alliierten: Das ist die einzige Antwort, die wir von Euch erwartet haben. (Langanhaltender Beifall und Huldigungen der ganzen Versammlung vor den anwesenden Diplomaten der Alliierten.)

Da hier in Deutschland nicht im mindesten bekannt war, worauf Kerenski mit seiner Aeußerung von dem neuen Friedensangebot anspielte, so verlangte der „Vorwärts“ Aufklärung, die dann auch von der „Nordd. Allgem. Zeitung“, leider in nicht sehr glücklicher und klarer Form gegeben wurde, aber im wesentlichen darauf hinauslief, daß der deutschen Regierung von einem solchen Friedensangebot nichts bekannt sei. Jetzt glaubt der Kopenhagener „Socialdemokraten“ zu einer Aufklärung der ganzen Sache imstande zu sein. Er schreibt:

Wir sind in der Lage, das Rätsel kinderleicht aufzulösen, da die Rede Kerenski in Moskau uns jetzt im Wortlaut vorliegt. Nach diesem Stenogramm, das in allen großen russischen Zeitungen völlig übereinstimmend entfallen ist, hat Kerenski folgendes erklärt:

„Wir haben soeben erst den niederträchtigen Versuch erlebt, nach dem mißglückten Sonderfriedensangebot an uns, sich durch Vermittlung einer neutralen heiligen Persönlichkeit an unsere Verbündeten mit einem gleichen Angebot eines Sonderfriedens zu wenden, denn unter den darin erwähnten Rechtspersonen war der Name Rußlands nicht genannt.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede ist dann Kerenski noch einmal, nicht genügend objektiv und neutralen Schritt des Papstes“ zurückgekommen und hat versichert, daß die Verbündeten Rußlands diese Verletzung mit der gleichen Entrüstung und Verachtung von sich weisen würden, wie Rußland selbst den Sonderfrieden entschlossen verweigere.

Völlig klar ist nach dieser Darstellung der Sachverhalt immer noch nicht. Man begreift nicht recht, wie Kerenski dazu kam, die Papstnote als ein gegen Rußlands Verbündete gerichtetes Sonderfriedensangebot zu bezeichnen und den westlichen Alliierten eine entrüstete Ablehnung dieser Note zu imputieren, von der doch nach den bisherigen Ergebnissen keine Rede sein kann. Ebenso unverständlich oder noch unverständlicher ist die Art der Uebernichtung nach Deutschland, die jeden Anhalt dafür tilgte, daß Kerenski sich auf die Papstnote bezog.

## Vereinigter Kongreß der russischen sozialdemokratischen Partei.

### Für Landesverteidigung und Allgemeinrieden.

Stockholm, 11. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der vereinigte Kongreß der russischen sozialdemokratischen Partei, auf dem 200 Delegierte 200 000 Organisierte vertreten, zeigt das Anwachsen der Internationalen gegenüber des gouvernementalen Menschentums. Eine Resolution Jorettsill wurde mit 115 gegen 79 Stimmen, die auf eine Resolution Martow fielen, angenommen. Sie betont die Notwendigkeit der gleichzeitigen proletarischen Klassenpolitik und der demokratischen

**Sammelpolitik.** In gleicher Weise muß für eine energische Landesverteidigung und für den verstärkten Kampf, um den Allgemeinfrieden zu erreichen, eingetreten werden. Die Resolution macht für das Verbleiben der Sozialdemokraten im Kabinett die Befolgung der von der russischen Revolution proklamierten Prinzipien in der Außenpolitik zur Bedingung. Die Resolution Martow stellt fest, daß augenblicklich ein entscheidender Sieg über die Reaktion unmöglich ist. Die Volksmassen müßten für den Kampf um die Uebergabe der Regierungsgewalt an die revolutionäre Demokratie, zum Kampf gegen die Militärdiktatur und für die baldige Beendigung des Krieges vorbereitet werden. Die Resolution fordert weiter die Unterstützung der Regierung gegen die Konterrevolution. Die Resolution wurde gegen 68 Stimmen abgelehnt. Weiter begrüßt der Kongreß einstimmig die Rigarmee und fordert die Demokratie auf, der Panik und reaktionären Ausnutzung zu widerstehen. Die Armee müsse wissen, daß hinter der Front das organisierte Volk mit aller Energie für den baldigen Allgemeinfrieden kämpfe.

## Bethmann und die Militärpartei.

Antwort Gerards.

„Daily Telegraph“ meldet aus New York unterm 2. September: Zur Beantwortung der Ausführungen des Herrn v. Bethmann Hollweg hat Herr Gerard folgende Erklärung abgegeben:

Herr v. Bethmann Hollweg war augenscheinlich nicht im Besitz eines genauen Exemplars meiner Artikel, denn wenn er sie gelesen hätte, so würde er klar gesehen haben, daß ich sagte, die von mir beschriebenen Friedensbedingungen seien die deutschen Friedensbedingungen und nicht die Ansichten des Kanzlers. Ich wünsche zu sagen, erstens, daß Dr. v. Bethmann Hollweg selbst gesagt hat, daß er von der Herrschaft der Militärpartei in Deutschland abhängig und nicht seinen eigenen Wünschen folgen könne. Zweitens gibt Dr. v. Bethmann Hollweg zu, daß die deutsche Regierung beabsichtigt, Garantien von Belgien zu fordern. Drittens wünsche ich zu sagen, daß, wenn die Bedingungen, die ich zitiert habe, nicht die deutschen Friedensbedingungen sind, was sind dann die deutschen Friedensbedingungen? Dr. v. Bethmann Hollweg gibt keine anderen Friedensbedingungen, und so kann angenommen werden, daß die von mir genannten Friedensbedingungen die deutschen Bedingungen schlechthin sind. Ich halte es für sehr bedauerlich, daß die deutsche Regierung Herrn v. Bethmann Hollweg entlassen hat, und ich fühle persönlich, daß Bethmann Hollweg dem rücksichtslosen Tauschhandel der deutschen Regierung abgeneigt war und daß er davon absah, seinen Abschied zu nehmen, nur in Befolgung der Wünsche Kaiser Wilhelms. Ich nehme an, daß er entlassen wurde, weil seine Ideale zu liberal für die deutschen Behörden waren. Dieser Liberalismus zeigt sich in dem Interview. Ich bedauere, einen Streit mit Herrn v. Bethmann Hollweg zu haben, denn ich bewundere ihn sehr, und ich glaube, daß er ein „famoser Kerl“ ist. Ferner wünsche ich zu sagen, daß die Diplomatie der letzten Zeit, die Dr. v. Bethmann Hollweg vertritt, den Erfolg gehabt hat, die ganze Welt in den blutigsten Krieg der Geschichte zu stürzen. Wenn die Nationen wissen, was ihre Regierungen tun, dann sind solche Kriege unmöglich. Ich glaube nicht an Interdependenzdiplomatie, während Herr v. Bethmann Hollweg scheinbar an Hemdärmelpolitik glaubt. Ich glaube, daß eine Nation berechtigt ist, zu wissen, was vor sich geht. Die deutsche Diplomatie mag man sich in einer Monarchie des strengsten Typs gefallen lassen, aber nicht in einer Demokratie.“

Die konservative Presse fordert nun von Herrn v. Bethmann in aufgeregtem Ton eine Erklärung darüber, ob er wirklich von einer deutschen Militärpartei gesprochen und seine Abhängigkeit von ihr bestragt habe.

## Noch eine abgeschaffte Erinnerung an Stuergh.

In der Sitzung des Verfassungsausschusses des österreichischen Abgeordnetenhauses am Dienstag teilte der Minister des Innern Graf Troggenburg mit, daß laut Allerhöchster Entschlieung das bisher beim Kriegsministerium bestehende Kriegsüberwachungsamt aufgelassen wurde. An dessen Stelle wird eine Ministerialkommission im K. und K. Kriegsministerium gebildet mit zwei Vorsitzenden, nämlich einem General als Vertreter der gemeinsamen Ministerien und einem höheren Staatsbeamten als Vertreter der österreichischen Zentralstellen.

Das Kriegsüberwachungsamt, von dessen gesetzlichen Grundlagen kein Mensch etwas wußte, obwohl es in der Zensur und den bekannten österreichischen Prozessen der früheren Kriegszeit eine große und — wir sagen es offen — unheilvolle Tätigkeit entfaltet hat, war durch die bloße Veröffentlichung von Anklagen und Urteilen eben jener Prozesse so völlig kompromittiert, daß es verschwinden mußte. Was an seine Stelle tritt, muß wenigstens bei hellem Licht arbeiten.

## Kämpfe der Italiener in Tripolis.

Rom, 10. September. (Waldung der Agenzia Stefania.) Nach ihrem siegreichen Kampfe bei Agiläh am 4. September marschierte die Kolonne des Generals Caffaris gegen Javia, wo Sulaiman el Baruni und der Scheich Sof sich zum Widerstand anschickten. Bei der Annäherung unserer Kolonne sahen die Aufständischen nach Süden, während ihre Anhänger sich nach allen Richtungen zerstreuten. Wir säuberten das Gelände zwischen Javia und Janzur. Obwohl Abteilungen der Aufständischen noch den Versuch machten, unsere Kolonne zu beunruhigen, fehlte diese ihren Vorwärtsschritten fort und besetzte Sidi Bilal in der Gegend von Janzur, wo sie unsere Fahne aufpflanzte. Am Morgen des 9. 9. hielten die Truppen Caffaris die Verbindung mit den Schutztruppen von Tripolis her und zerstreuten mit ihrer Hilfe die Aufständischen, die sich in der Gasse Janzur in den Hinterhalt gelegt hatten. Auch die Eisenbahn Tripolis—Sidi Bilal wurde wiederhergestellt.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 10. September.

1) Im Sperrgebiet um England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote neuerdings

27 000 Br.-K.-T.

vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Gumran“, Ladung Kohlen von Newport nach Dublin, der durch sorglose geleitete englische Segler „Cooroy“, sowie zwei tiefgeladene englische große Dampfer, die aus Weitzügen herausgeschossen wurden.

2) Marineflugzeuge versenkten am 9. September nachmittags in der Themsemündung einen englischen Dampfer.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Flugzeug- und Torpedobootangriffe auf Dünkirchen.

Bern, 9. September. „Progrès de Lyon“ meldet aus Dünkirchen: Seit letzten Montag wird Dünkirchen und Umgebung allnächtlich von deutschen Flugzeuggeschwadern überflogen und mit Bomben und Torpedos belegt. Bei dem Angriff in vergangener Dienstagnacht wurde die Stadt gleichfalls mit großkalibrigen Granaten beschossen. Deutsche Torpedoboote nahmen am Angriff teil. Auch in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag fielen mehrere großkalibrige Geschosse auf die Stadt. Ueber Sachschaden wird nichts bekanntgegeben.

## Keine deutsche Kohlenzufuhr mehr nach Holland.

Amsterdam, 10. September. Den Wätern zufolge teilt die Direktion der holländischen Staatsbahnen mit, daß Deutschland die Kohlenzufuhr nach Holland eingestellt hat.

## Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Reichstag tritt, wie schon bekannt, am 26. d. M. wieder zusammen. Er wird an diesem Tage jedoch nur eine kurze formale Sitzung abhalten und den Nachmittag sowie den Vormittag des folgenden Tages für Fraktionsitzungen freihalten. Am 27. tritt aber auch schon der Verfassungsausschuß zusammen. Am Nachmittag tritt die Vollerversammlung in die erste Lesung des Nachtragssetats ein. Vom 28. ab hält der Hauptausschuß vormittags seine regelmäßigen Sitzungen, während an den Nachmittagen das Plenum tagen wird.

## Friedenshoffnungen des Kanzlers.

Dem Reichskanzler Dr. Michaelis wurde bei seiner Abreise von Stuttgart auf dem Bahnhof von einer Menschenmenge eine Ovation dargebracht. Der Kanzler trat ans offene Fenster des Eisenbahnwagens und rief der Menge zu: „Hoffen wir, daß wir noch in diesem Jahre Frieden bekommen.“

Hoffen wir, daß Herr Dr. Michaelis' Hoffnungen nicht nur fromme Wünsche sind, sondern sich auf recht konkrete Gründe stützen.

## Der Städtetag gegen höhere Brot- und Kartoffelpreise.

Die die „Deutsche Städte-Korrespondenz“ erfährt, hat der Nahrungsmittelausschuß des Deutschen Städtetages unter Vorsitz von Oberbürgermeister Wermuth einstimmig beschlossen, mit allem Nachdruck gegen Erhöhungen des Brot- und Kartoffelpreises Stellung zu nehmen. Diese würden für die Menge der städtischen Verbraucher um so unerträglicher sein, als eine Erhöhung auch der Milch- und Butterpreise angekündigt ist. Der Deutsche Städtetag beantragt deshalb, soweit die Steigerung der Herstellungskosten nicht zu vermeiden ist, die Senkung der Preise durch Reichsmittel.

Ueber die Ermittlung des Ertrags der Herbstkartoffelernte wird mitgeteilt:

An Stelle der für Anfang November 1917 von der Reichskartoffelstelle geplanten Bestandshebung soll die durch Bundesratsverordnung vom 21. Juni 1917 für die Zeit vom 20. September 1917 bis 5. Oktober 1917 angeordnete Erntevorschätzung durch Vornahme einer Individualerhebung dergefallt ergänzt werden, daß eine Ermittlung des Ertrages der Herbstkartoffelernte durchgeführt und deren Ergebnis als Unterlage für Führung der Kartoffelwirtschaftsliste berücksichtigt wird. Die Kommunalverbände werden verpflichtet, für ihren Bezirk eine Anordnung zu erlassen, wonach jeder Kartoffelerzeuger schon während der Ernte, und zwar ab 15. September, das Gewicht der geernteten Mengen fortlaufend feststellt und in eine Kartoffelkarte einträgt, die der Nachprüfung durch die Ortsbehörden unterliegt. Die Kommunalverbände haben dabei auch anzuordnen, daß bei der Winternierlagerung der Kartoffeln, insbesondere in Rieten, die Gewichte der eingemieteten Mengen vorher genau festgesetzt und in die Kartoffelkarte eingetragen werden. Vom 1. bis 10. November findet eine allgemeine Nachprüfung der ermittelten Erntemengen durch Beauftragte der Kommunalverbände statt.

## Das sind die alldeutschen Volksmassen!

Seit Wochen und Monaten bemühen sich die Alldeutschen mit allerhand Zahlenkunststücken nachzuweisen, daß hinter der Sozialdemokratie nicht genügend Volksmassen ständen. Kamentlich auch die Organisationsziffern müßten dazu herhalten. Jetzt ist durch einen Zufall einmal über die Größe der alldeutschen Massen Licht geschaffen worden. Im allgemeinen veröffentlichten die Herren ja keine Mitgliederziffern. Aber in einem Prozeß, über den wir an anderer Stelle des Blattes berichten, wurde von einem, der es wissen muß, nämlich dem Vorsitzenden der Berliner Organisation ausgesprochen, daß die Ortsgruppe Berlin des Alldeutschen Verbandes 1900 Mitglieder zählt. Das ist wahrhaft imponant! Auf ca. 1500 Berliner kommt also ein Alldeutscher, falls die Gruppe nicht, was wir nicht wissen, auch noch die Vororte umfaßt. Alsdann wären es nämlich erst circa 2500 Berliner, auf die ein alldeutsches Verbandsmitglied kommt. So etwas nimmt sich das Recht, im Namen des deutschen Volkes zu reden.

## Vom Markt der Geister.

Es ist nicht uninteressant, einmal in den Inseratenteil des „Zeitungs-Verlags“, des Fachorgans bürgerlicher Zeitungsverleger, einen Blick zu tun. Da bieten die Redakteure, die eine neue Stellung suchen, ihre Arbeitskraft an und empfehlen ihre Künste. Man erfährt aus ihren Angeboten, daß sie vielseitig gebildet sind, über alles fesseln zu plaudern verstehen, und schwungvolle Leitartikel verfassen können. Nur eines erfährt man gewöhnlich nicht, welche politische Stellung die Herren einnehmen. Unter den zahlreichen Bewerbern, die sich in der neuesten Nummer der genannten Fachschrift melden, bezeichnet sich einer als Anhänger der „Vimantzung“, d. h. also als Alldeutscher, der andere möchte ein liberales oder parteiloses Blatt dirigieren, alle übrigen schweigen sich über diesen Punkt vollständig aus. Den Rekord der Anpassungsfähigkeit schlägt aber ein „Chefredakteur“, der sich folgendermaßen selbst kennzeichnet:

Hervorragende, gewissenhafte Arbeitskraft von besonnener Haltung. Nichtsnur: Das Geschäftsinteresse der ihn anvertrauten Zeitung. Repräsentabel (zwei Ordensauszeichnungen). Beanspruche ausländisches Gehalt.

Wie es in der Brust dieses Mannes ausstrahlt, ist gleichgültig, wenn man nur weiß, was auf ihr glänzt. Die

Ueberzeugung wird durch die Wahrung des Geschäftsinteresses erjeht. Man muß den Mann bedauern, der aus solchen Gesichtspunkten öffentliche Meinung macht, mehr aber noch die Leute, die seine Zeitung lesen.

Es gibt zweifellos auch unter den bürgerlichen Zeitungsleuten aufrechte Männer, die für ihre Ueberzeugung eintreten. In nur allzu vielen Fällen aber ist ihr Journalismus ein Geschäft, das mit Besinnung wenig zu tun hat.

## Wiederaufstellung Schiffers.

Magdeburg, 11. September. Die die „Magdeburgische Zeitung“ meldet, hat der Rationalliberale Verein Magdeburg durch einstimmigen Beschluß des Vorstandes den bisherigen Abgeordneten, jetzigen Ministerialdirektor Schiffer für die Landtagswahl als Kandidaten wieder aufgestellt.

Reichstagswahl in Bonn. Im Reichstagswahlkreis Bonn-Rheinbach ist für den Zentrumsabgeordneten Spahn, der zum Justizminister ernannt worden ist, eine Ersatzwahl notwendig geworden. Der „Köln. Zig.“ zufolge ist der Bonner Zentrumsführer Rechtsanwalt Cenz als Kandidat seiner Partei ausgetreten.

## Letzte Nachrichten.

### Die englische Auffassung der russischen Krise.

Rotterdam, 11. September. Die der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London meldet, schreibt „Morning Post“ in einem Leitartikel: Es sei im Augenblick fraglich, ob Kerenski die Nacht befeht, seinen Befehlen gehörigen Gehorsam zu verschaffen. Die vorläufige Regierung hat die Führer der russischen Armee einen nach dem anderen entlassen. Kornilow hat offenbar geglaubt, einen Protest abgeben zu müssen, solange dazu noch Zeit war. Auch in Kornilows Fall hängt das Vermögen, seine Forderungen durchzusetzen und die vorläufige Regierung zur Seite zu schieben, von Faktoren ab, von denen wir nicht genug Kenntnis besitzen. Was sich jetzt vollzieht, ist der bei Revolutionen übliche Gang der Dinge. Kerenski wollte selbst Diktator werden, eine zeitlang schien er es zu sein, jetzt wird er von einem Rebenbuhler bedroht. — „Daily News“ setzt sich für Kerenski ein. Das Blatt betrachtet das Vorgehen Kornilows als einen Versuch, eine Gegenrevolution herbeizuführen, und schreibt: Wenn die Reaktionären siegen, so werden sie den Krieg nicht besser führen. Sie werden, wenn das alte Regime wiederhergestellt ist, lediglich Schindknappen von Potsdam und Thranen für ihr eigenes Volk werden. Die Sache der Freiheit schwebt in Rußland in Todesgefahr. Wenn sie in Rußland verloren wird, dann ist sie für uns alle gefährdet.

London, 11. September. (Neuter.) Der Petersburger Berichtserstatter der „Daily Mail“ telegraphiert, daß in den letzten Tagen zwei Strömungen herrschten. Die erste sei der zunehmende Wunsch der intellektuellen Kreise, die vorläufige Regierung zu unterstützen, die andere sei eine Bewegung unter den Arbeitern die Hauptstadt zu verlassen und nach ihren Dörfern zurückkehren. Die Arbeiter täten das nicht, weil militärische Gefahr drohe, sondern wegen des Mangels an Arbeit und Lebensmitteln.

In der Gegend der russisch-amerikanischen Gummifabrik kam es zu Unruhen, die von der Miliz unterdrückt wurden. Ein anderer kleiner Aufruhr wurde von Matrosen unterdrückt; es wurden viele Menschen getötet und verwundet.

### Barnes gegen Verständigungsfrieden und Stockholm.

London, 11. September. (Neuter.) Der Arbeitervertreter im Kriegskabinett, Minister Barnes, hielt in New Castle eine Rede, in der er die Fortsetzung des Krieges verlangte, bis der preussische Militarismus vernichtet sei. Die Reformisten sagten, England sollte jetzt einen Verständigungsfrieden schließen, da es später keinen besseren Frieden erhalten würde, aber England und seine Alliierten hätten große Dinge verrichtet und verrichteten sie noch, und Amerika habe kaum erst angefangen.

Barnes gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der Gewerkschaftskongreß in Blackpool sich weigerte, an der Stockholmer Konferenz teilzunehmen. Die Arbeiterschaft müsse ihre Stimme und ihren Einfluß bei der Festsetzung der Friedensbedingungen geltend machen, aber zunächst müsse sie sich darüber klar werden, wie weit ihre Wünsche mit denen der Arbeiter der alliierten Länder übereinstimmen. Es sei ganz klar, daß Deutschland vor dem Kriege Pläne geschmiegt habe, wie in den Jahren 1864 und 1870, als es Streit gesucht habe, ehe es über seine Opfer herfiel. Er selbst sei vor drei Jahren dadurch geläufigt worden, daß er glaubte, die wachsende Demokratie würde eine Wiederholung solcher Kriege verhindern. Das Verhalten der Sozialdemokraten im deutschen Parlament habe bewiesen, daß man sich auf sie nicht verlassen könne. Die Ansprüche Deutschlands würden nur deshalb geringer, weil seine Kräfte abnehmen und die der anderen Parteien zunehmen. Ein Verständigungsfrieden wäre eine Selbsttäuschung. Der erste Schritt zum Frieden für Deutschland sei, sich aus Belgien zurückzuziehen und den Schaden, den es angerichtet habe, wieder gut zu machen.

### Renaudel über die Ministerkrise.

Bern, 11. September. Renaudel schreibt in der „Humanité“, die Sozialisten wollten sich nicht absondern, und sie wüßten, was sie der Wohlfahrt des Landes schuldig seien. Sie würden keine unannehmbaren Forderungen stellen, sondern, wenn man an sie heranträte, erklären, was ihnen für die gute Führung in Krieg und Frieden notwendig scheine. Eine demokratische republikanische Aktion sei notwendig, um einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Alle Persönlichkeiten, die im trüben sichtigten, müßten aus dem Wege geräumt werden.

Die rechtsstehende Presse ist über die schroffe Ablehnung Ribots durch die Sozialisten sehr entrüstet. „Temps“ erklärt, man könne nicht Krieg führen, wenn man im eigenen Heim nicht Frieden habe. „Figaro“ sagt, die durch Standale vergiftete Atmosphäre Frankreichs müsse geklärt werden, man könne Ribot dankbar sein, daß er noch in letzter Stunde ein System abgelehnt habe, das nach Stockholm geführt hätte.

### Amerika gegen Schweden.

Washington, 10. September. Reutermeldung. Das Staatsdepartement gab bekannt, daß man für die Ausfuhr von Waren nach Schweden in Zukunft greifbare Beweise verlangen werde, daß die Waren in Schweden selbst benötigt werden und nicht schließlich Deutschland zugute kommen. Bisher habe man sich mit der Versicherung der schwedischen Regierung begnügt.

### Und wieder: Bergmannstod.

Hindenburg i. D.-Schl., 11. September. Dem „Oberbayerischen Bänderer“ zufolge sind in der Ludwig-Glück-Grube bei einem plötzlichen Zubrechengehen einer größeren Anzahl von Pflasterabschnitt im Schuttmannsch 11 Mann verunglückt. Davon sind 10 tot.

# Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Teuerungszulagen bei der J.-E.-G. Die Direktion der Zentral-Einlaufs-Gesellschaft hat sich entschlossen, ihren Angestellten eine Teuerungszulage zu geben. Lediglich erhalten 25 Proz., Verheiratete 30 Proz. und außerdem 5 Proz. für jedes Kind. Für eine einmalige Teuerungszulage sind diese Sätze erstaunlich niedrig. Versteht man dieselben nur auf einen Zeitraum von 6 Monaten, so ergibt sich eine Einkommenssteigerung von 4-7 Proz. Das dies in keinem Verhältnis zu der Verteuerung der Lebenshaltung steht, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Es ist besonders auffallend, daß man nicht wenigstens für die unteren Gehaltsklassen einen höheren Prozentsatz bewilligt hat, da diese doch erfahrungsgemäß viel stärker von der Teuerung betroffen werden als die Angestellten mit höheren Gehältern.

## Aus dem Kriegsausschuß für Militärschneiderei. Können bisher gewährte Ferien entzogen werden?

Vor dem Kriegsausschuß für Militärschneiderei arbeitete Kuno op als Vertreter der Tagelöhner von Peel u. Cluppenburg auf Weitergewährung der Ferien.

Seit der Ebertragung den Streitfall dem Ausschuss vor. Danach hat die besagte Firma bis 1918 ihren Tagelöhnern Feriengelder gewährt. 1918 fielen indes die Ferien mit Rücksicht auf die vergrößerte Arbeitszeit und unter Einwirkung der betreffenden Arbeiter aus. In diesem Jahre jedoch verlangten die Arbeiter die Ferien wieder, während die Firma sie verweigerte.

Vor dem Kriegsausschuß führte der Vertreter der Firma aus: Die Firma habe den Arbeitern trotz vergrößerter Arbeitszeit den vollen Lohn gezahlt, außerdem eine Lohnaufbesserung und eine Teuerungszulage gewährt. Auch wurde die Arbeitszeit um dreiviertel Stunden pro Tag herabgesetzt. Mit Rücksicht auf all diese Vergünstigungen bestehe die Firma darauf, daß die Ferien wegfallen.

Ein Arbeitgeberbeisitzer teilt mit, daß die besagte Firma erklärt habe, sie wolle die Ferien wieder gewähren, wenn geordnete Verhältnisse eintreten.

Kuno op: Ich kann mich auf andere Firmen berufen, die im vorigen Jahre und auch in diesem Jahre Ferien gewährten. Der Krieg ist kein Grund, bisher gewährte Vergünstigungen zu entziehen.

Der Ausschuss beschloß Vorentscheidung. Der Chef der Firma und die Arbeiter-Vertrauensleute sollen über die näheren Umstände vernommen werden.

## Ist für Militärarbeiten der Lohnzuschlag von 10 Proz. zu bezahlen?

Für alle bis zum 18. Juni gelieferten Arbeiten aus Web- und Wirkwaren war der Zuschlag von 10 Proz. zu zahlen, gleichviel ob es sich um Privat- oder Heereslieferungen handelte. Mit Wirkung vom 18. Juni hat das Kriegsbeschleunigungsamt des Gardekorps einen Kriegszuschlag bewilligt, der den Arbeitern restlos ausgezahlt werden muß. Vor der Bewilligung dieser Kriegszulage hatten sich die Arbeitgeber vielfach geweigert, den Zuschlag von 10 Proz. gemäß der Verordnung vom 4. April 1918 zu zahlen, die Schlichtungskommission entschied aber immer dahin, daß der Arbeitgeber hierzu verpflichtet sei, den Zuschlag von 10 Proz. zu zahlen.

Nachdem im Juni der Kriegszuschlag gewährt wurde, entstand die Frage, ob neben oder zu diesem Zuschlag der Zuschlag von 10 Proz. zu gewähren sei. Bekanntlich ist die Beschränkung der Arbeitszeit und Arbeitsgelegenheit aufgehoben, dagegen ist die Bestimmung über die Lohnzuschüsse bestehen geblieben. Hiernach kann der Lohnzuschlag gemäß der Verordnung vom 15. Mai 1917 weder durch einen Kriegszuschlag noch durch eine Lohnerhöhung abgelöst werden, es sei denn, daß ausdrücklich vereinbart wird, daß in der erfolgten Lohnerhöhung auch der Zuschlag von 10 Proz. mit enthalten ist. Im anderen Falle entsteht die Frage, ob der Zuschlag von 10 Proz. nicht auf den erhöhten Lohn zu zahlen ist.

Nachdem das Kriegsbeschleunigungsamt des Gardekorps den Kriegszuschlag gewährte, weigerten sich die Arbeitgeber, den Zuschlag von 10 Proz. zu zahlen und erklärten, daß dieser Zuschlag in dem Kriegszuschlag enthalten sei. Demgegenüber verlangten die Arbeiter Zahlung mit dem Hinweis, daß der Kriegszuschlag den durch Verordnung vorgeschriebenen Zuschlag nicht ablöse. Da für die Gewährung des Zuschlusses der Gesamtmobilitätsdienst in Frage komme, so müsse auch auf den Kriegszuschlag noch ein Zuschlag von 10 Proz. erfolgen.

Die Arbeitgeber machten die Einwendung, daß man ihnen doch nicht zumuten könne, zu einem Kriegszuschlag, den sie für das Amt verauslagten, noch einen Zuschlag von 10 Proz. zu gewähren. Das Amt habe ihnen die Löhne genau vorgeschrieben. Wollte es, daß der Zuschlag von 10 Proz. gezahlt werde, so solle es entsprechend der Verordnung vom 4. April 1918 bzw. 15. Mai 1917 Ersatz leisten.

Die Schlichtungskommission kam zur Abweisung der Kläger aus folgenden Gründen:

„Es muß hier unterchieden werden die Zeit, als das Kriegsbeschleunigungsamt des Gardekorps aus seiner Kasse noch nicht den Kriegszuschlag für den Arbeiter zahlte und die jetzige Zeit, in welcher dies geschieht. Früher wäre Kläger berechtigt gewesen, einen Zuschlag von 10 Proz. zu verlangen. Das Recht stand ihm aber für die Zeit, welche er in seiner Klage angibt, nicht zu. Der Zuschlag, den Kläger auf Kosten des Kriegsbeschleunigungsamts vom Beschleunigungsamt seinem Lohn empfangen hat, soll dem Arbeiter nebenbei auch einen Ersatz bieten für die Aufhebung der Streckungsverordnung, die damals bei der Bewilligung der Lohnhöhung in Wäde zu erwarten stand. In Anbetracht dieser Sachlage ist Kläger nicht berechtigt,

neben dem vom Kriegsbeschleunigungsamt bewilligten Lohnzuschlag noch die frühere Lohnzulage von 10 Proz. zu fordern. Daß die Streckungsverordnung noch nicht gefallen, spielt dabei keine Rolle.“

Ob diese Entscheidung dem Wortlaut der Verordnung entspricht, ist zweifelhaft. Wenn das Beschleunigungsamt mit dem Kriegszuschlag den Zuschlag von 10 Proz. ablösen wollte, so mußte es dies bei Bewilligung des Kriegszuschlages klar zum Ausdruck bringen.

In einem anderen Falle wurde wegen dem Zuschlag von 10 Proz. vor dem Kriegsausschuß für Militärschneiderei gearbeitet. Die Besagte machte ebenfalls geltend, daß ihr der Zuschlag vom Beschleunigungsamt nicht erstattet werde. Sie sei daher nicht in der Lage, Zahlung zu leisten, bitte aber, dahin zu entscheiden, daß das Beschleunigungsamt verpflichtet sei, entsprechend der Verordnung des Oberkommandos an seine Lieferanten einen Zuschlag von 7 Proz. als Ersatz für den Zuschlag von 10 Proz. zu zahlen. Als Betriebsunternehmer komme das Beschleunigungsamt und nicht die Besagte in Frage; sie sei im Sinne der Verordnung eine Zwischenstelle bzw. die Inhaberin einer Arbeitsstätte. Der Kriegsausschuß erklärte sich aus folgenden Gründen für unzuständig:

„Dem Kriegsausschuß fehlt die Zuständigkeit zur Entscheidung von Lohnfragen. Maßgebend für die abweisende Entscheidung sind die §§ 9, 11 bis 13 des Hilfsdienstgesetzes. Nach § 9 kann der einzelne Hilfsdienstpflichtige als Wehrverpflichteter vor dem Kriegsausschuß auftreten. Anders bei § 13. Hier ist der Arbeiterausschuß Kläger — der Arbeiterausschuß, der in allen für den wasserländischen Hilfsdienst tätigen Betrieben für den Titel 7 der Gewerbeordnung gilt, und in denen in der Regel mindestens 50 Arbeiter beschäftigt werden, ständig bestehen muß. (§ 11 Abs. 1.)“

Der Kriegsausschuß hat nach § 9 die Aufgabe, wenn sich der Arbeitgeber weigert, den von den Hilfsdienstpflichtigen geforderten Abwehrschein auszustellen, auf Beschwerde den Fall zu untersuchen und bei Anerkennung eines wichtigen Grundes für das Ausschließen des Hilfsdienstpflichtigen demselben eine Bescheinigung zu erteilen, die in ihrer Wirkung dem Abwehrschein (Bescheinigung des Arbeitgebers) gleich steht. Abdann soll nach § 13 auf Anrufung der Ausschüsse als Schlichtungsstelle wirksam werden bei Streitigkeiten in einem Betriebe der in § 11 genannten Art über Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen. Die Tätigkeit des Kriegsausschusses für Militärschneidereiarbeiten Groß-Berlins ist danach eine eng umgrenzte. Lohnfragen, wie sie hier geltend gemacht sind, gehören nicht zu seiner Zuständigkeit.

Würde aber das Gesetz selbst Lohnfragen vor dem Kriegsausschuß zulassen, so ständen dann bezüglich des Beschleunigungsamts als Kläger, abgesehen davon, daß es überhaupt nicht verklagt werden kann, die §§ 11 und 15 des Hilfsdienstgesetzes entgegen. § 11 nennt nur Betriebe, die keine Erwerbszwecke verfolgen. Hierunter fallen jedoch zweifellos nicht Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung, also auch nicht der Betrieb des Beschleunigungsamts, die Wichtigkeit der Ansicht der Kläger ist sogar angenommen, daß sie die Stellung eines Zwischenwehrganges einnehme und dieser der eigentliche Arbeitgeber sei. Fernerhin würde nach § 15 des Hilfsdienstgesetzes zu beachten sein, wo es heißt: „Für die industriellen Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung sind durch die zuständigen Dienstbehörden Vorschriften im Sinne der §§ 1-13 zu erlassen.“ Eine Verordnung im Sinne des § 13 des Hilfsdienstgesetzes ist nicht vorhanden. Namentlich ist nicht bestimmt, daß die wohl überall schon vor dem Kriege gewählten Arbeiterausschüsse der Heeresverwaltung in Fällen der §§ 9 und 13 vor dem Kriegsausschuß aufzutreten hätten.“

Nach dieser Entscheidung können staatliche Betriebe nur dann vor dem Kriegsausschuß geladen werden, wenn sie zugleich als gewerbliche anzusehen sind. Da dies wenig oder gar nicht der Fall ist, so wären die Kriegsausschüsse für Staatsbetriebe unzuständig. Es ist uns nicht zweifelhaft, daß diese Auffassung der Ansicht des Gesetzgebers zuwiderläuft.

## Parteinachrichten.

Für Freiheit und Frieden.

In Stuttgart sprach am Sonnabend der Vertreter des ersten württembergischen Wahlkreises im Reichstage, Genosse Karl Hilgenbrand, über „Der Regierungswechsel und die Sozialdemokratie“. Der Redner unterwarf die alldemokratische Politik einer scharfen Kritik und verlangte Gleichberechtigung der arbeitenden Massen in Reich, Staat und Gemeinde und Demokratisierung der äußeren Politik. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in welcher eine parlamentarische Regierung verlangt wird.

## Industrie und Handel.

Schwarzer Tag an der Börse.

Die Börse hat zwei ausgeprochen schwache Tage hinter sich; am 11. September stürzten die Kurse bei manchen Papieren vorübergehend sogar um 10-20 Proz. und die Aufnahmelust war so gering, daß man im Frieden unter normalen Umständen bereits von einem schwarzen Tage gesprochen hätte. Ursache dieser auffälligen und eigentlich nicht recht begründeten Kursbewegung sind einzig und allein „Friedensbesprechungen“. Ironische Naturen haben an der Börse selbst für den einigermaßen abnormen Geisteszustand, der in dem kommenden Frieden den Schreden aller Schreden ficht, das treffende Wort geprägt und den Ausdruck von den Friedensbesprechungen in die Welt gesetzt. Gewidert wurden sie durch eine Bemerkung der „Vossischen Ztg.“, daß England Deutschland gewisse Friedensabancen gemacht habe. Diese Gerüchte scheinen aber

ausschließlich auf die Wörtenplätze des Deutschen Reiches beschränkt zu sein, weil gleichzeitig in Budapest und in Wien eine stürmische Gasse eingeleitet hat. Doch ein bloßes Gerücht so überaus stark wirkte und die Börse so empfindlich reagierte, nachdem sie die Friedensentschließung des Reichstags und andere ungleich bedeutungsvollere Ereignisse mit viel größerem Gleichmut hingenommen hatte, ist darauf zurückzuführen, daß die eigentlichen großen Kapitalisten bereits verkauft und ihren Aktienbesitz den kleineren Leuten überlassen haben, die an sich nervöser sind und bei den hohen Kursen, zu denen sie gekauft haben, auch tatsächlich ein recht erhebliches Risiko tragen. Bis hier hat die Abschwächung an der Börse eine ausschließlich interne Bedeutung, von allgemeiner Wichtigkeit wäre sie erst, wenn sie so groß und so andauernd wäre, daß, nachdem der Krieg bereits eine Vermögensumschichtung gebracht hat, eine neue einträte, die natürlich die ganze Volkswirtschaft nicht unbeeinflusst lassen könnte.

## Soziales.

Gehalt für Einberufene.

Die fortlaufende Zahlung einer bestimmten Summe ist bei Ausbruch des Krieges vielfach von den Arbeitgebern einberufenen Handlungsgehilfen für die Dauer des Krieges mündlich oder schriftlich versprochen worden. Wegen der langen Dauer dieser Leistung traten die Arbeitgeber mitunter von ihrem Versprechen zurück. Es entstand nun die Frage, ob das mündliche oder schriftliche Versprechen des Arbeitgebers rechtlich verbindlich ist oder ob eine Schenkung vorliegt, die nur bei gerichtlicher oder notarieller Beurkundung gültig ist. Die einzelnen Gerichte, vor die die Frage gebracht wurde, haben sie verschieden beantwortet. Das Landgericht I Berlin sowie das Kaufmannsgericht Charlottenburg halten das Versprechen für ausreichend. Das Landgericht III Berlin will dagegen jene Zulage nur als Schenkungsversprechen aufgeführt wissen. Die Begründung wird jetzt mitgeteilt. Für eine andere Auffassung fehlt es an der Erkennbarkeit einer wenn auch noch so geringen Gegenleistung seitens des Klägers. „Nicht nur, daß dieser während seiner Einberufung keinerlei Dienste, auch nicht mittelbar leisten kann, auch für die Zeit nach Beendigung des Krieges besteht für ihn keinerlei Verpflichtung zu einer Gegenleistung für die Leistung des Beklagten, nicht einmal zum Wiedereintritt in dessen Dienste; selbst dieser steht vollkommen in seinem freien Belieben. Ebensov wenig Raum ist für die Annahme, daß die Zahlungen die Vergütung für früher geleistete Dienste darstellen sollten.“ Beide Parteien waren darüber einig, wenn die Zahlung unentgeltlich war.

## Chinesische Kulis?

Eine hochinteressante Mitteilung hat der Geheimrat Paul Wehnert in der ersten sächsischen Kammer gemacht. Er hat ausgeplaudert, daß zurzeit am maßgebender Stelle die Frage der Einführung chinesischer Kulis lebhaft ventiliert werde. Die Herren Agrarier sind es, denen damit unter die Arme gegriffen werden soll. Natürlich, wie immer, nur im Interesse der Allgemeinheit. Die Kulis sollen nämlich nur eingeführt werden, um die Ernährung der Bevölkerung in ausgiebigem Maße sicherzustellen; dazu sei notwendig, daß Arbeitskräfte vorhanden seien, und da vorwiegend die sogenannten Sechsfingergänger zunächst fehlen würden, ist die „maßgebende Stelle“ dabei die Kulinenzucht zu ventilieren. Hier ist doch wohl zunächst die Frage erlaubt, wer ist diese maßgebende Stelle und ist dieser schon der Gehalts gekommen, daß die Arbeiter dabei auch ein Wort mitzusprechen haben? Mit diesen ist jetzt ja leicht Fühlung zu bekommen, da die früher unübersteigbare Mauer ja in den letzten Jahren schon manches Mal überstiegen worden ist. Oder fürchtet man, daß die Arbeiter Einspruch erheben würden? Diese Furcht ist gewiß nicht unbegründet, denn das schließt gerade noch, daß zu dem Glend, das über uns hereinbricht, sich auch noch der chinesische Kuli gesellt. Unsere Herrn Agrarier mögen nur von dem allbewährten Mittel Gebrauch machen, das immer den erforderlichen Arbeiterstamm gesichert hat: anständige Wohnanlage und ordentliche Vergütung; es wird ihnen dann an Arbeitern sicher nicht fehlen. Aber sie waren schon vor dem Kriege daran gewöhnt, daß das Volk ihre Wege unausgesetzt in den Beutel greifen mußte und während des Krieges haben sie erst recht diese Politik fortgesetzt. Warum soll sie nach dem Kriege aufhören? Lieber dem Arbeiter eine neue Rute binden, als sich „neu orientieren“. Die Arbeiter werden durch diese Pläne der Agrarier einen Strich machen.

## Aus aller Welt.

Was heute ein Schinken „wert“ sein kann.

In Hergeshof bei Wrotterode (Thüringen) verkaufte ein Bauer an einen Touristen einen Schinken für — 350 M. für diese 350 M. kaufte er sich dann eine Biere, die nun die „Schinkenbiere“ genannt wird.

Reicher Kindersegen.

Der Grundbesitzer Wisognski in Dornowo (Kreis Posen) hatte bereits vor dem Kriege sieben Kinder. Während des Krieges wurden ihm zunächst noch ein Kind geboren, dann Zwillinge und jetzt Drillinge.

Verantwortlich für Politik: Erich Antner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neudamm; für Inserate: Th. Wöde, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

## Wollen Sie es tun?

Wenn wir Sie darum bitten? Wir wünschen gern jedem, der Augengläser trägt oder das Bedürfnis danach fühlt, eines unserer neuen Büchlein überreichen zu dürfen. Es erzählt Ihnen, wie Sie Ihre Augen recht gebrauchen können, ohne sie zu überanstrengen, wie Sie wieder mit Behagen lesen, arbeiten und schreiben können, selbst bei Nacht, wie Sie vorzeitigem Augenschmerz und Krähensüße vermeiden, wie Sie Ihre Augen bewahren können vor allen zeitigen Schwächen, vielleicht vor Erblindung an grauem Star. Viele nützliche Winke werden Sie kennenlernen, die nicht nur schön zu lesen, sondern auch leicht zu befolgen sind. Wir bitten Sie daher in Ihrem eigenen Interesse, verlangen Sie in unserem nächsten Büchlein: Augen-Fragen und Antworten oder schreiben Sie uns darum, es

geht sofort umsonst und portofrei an Sie ab. Wollen Sie es tun? Dann schreiben Sie gleich, ehe Sie es vergessen.

Kostenlos

prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von 4.50 M. an. Dafür erhalten Sie bei uns schon gute Kratzer oder Brillen (ohne Gläser) und dazu noch ein Jahr Garantie, d. h. „so lange alle Reparaturen umsonst“, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Horn- teile, Schilddatt und für zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen. Ein Paar stark gewölbte, punktuell abbildende Punkt-Brillen kosten bei uns nur 4.— M. das Paar, aus Sanostop-Glas 6.— M.

## Optiker Ruhnke

Schöneberg:  
Haupt-Str. 121  
(am Kaiser-Wilhelm-Platz)

C. Am Alexander-Platz  
neben Alhinger.  
Spittelmarkt, 66. 205-30.  
SO. Oranien-Str. 44,  
nahe Oranien-Platz.

W. Leipziger Str. 113,  
66. Kaiser-Str.  
Einf.-Str. 1, 6. Potsdamer-Str.  
Friedrich-Str. 180,  
66. Linden-Str.

NW. Friedrich-Str. 150,  
66. Doroteen-Str.  
N. Chaussee-Str. 72,  
Jussufden-Str. 164,  
66. Brunnen-Str.

Wilmersdorf:  
Berliner Str. 132-3 a u. d. Landstr.  
Friedenau:  
Rhein-Str. 18, 66. Weg-Str.  
gegenüber der Kaiser-Gl. 66.

Charlottenburg:  
Lauenstein-Str. 15,  
66. Markburger Str.  
Jochimsdaler Str. 2,  
am Bahnhof Str.

Neu:  
Friedrich-Str. 106  
66. Siegel-Str.



Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Würzburg für die Geschäftsjahre 1914/1917.

Anspitz und gedrängt ist der Bericht des Parteivorstandes über die schwerste Zeit im Leben der Partei. Obwohl die Tätigkeit umfangreicher und intensiver denn je war, die Fülle des Materials geradezu noch einer umfangreichen Darstellung drängte...

Diese Berichte mit den Aktenansammlungen über die Kriegspolitik, den "Materialien" über die Spaltungen der Fraktion und der Partei, den Protokollen über die Verhandlungen der Reichskonferenz im September 1916, den Verhandlungen des Parteiaussschusses usw. geben dem Parteitag eine breite Basis für seine Verhandlungen.

Der Bericht gibt zunächst eine allgemeine Übersicht über die politische Situation.

Das allgemeine Parteileben stand naturgemäß im Banne des Krieges. Die Partei bekämpfte die Kriegsgefahr so nachdrücklich und so lange sie konnte. Am 4. August aber stand sie nicht mehr vor der Frage: Krieg oder Frieden? Der Krieg war da. Von der stärksten Partei Deutschlands fordert die Schicksalsstunde eine klare Entscheidung.

Damit halte die Partei sich zur Pflicht der Landesverteidigung bekannt. Gleichzeitig aber hat sie mit äußerster Entschiedenheit erklärt, der Krieg dürfe keinerlei Eroberungsziele haben; er müsse beendet werden, sobald die Gegner zum Frieden bereit seien. Diese Grundgedanken der Erklärung vom 4. August 1914 waren entscheidend für die Stellung der Partei zur Politik ihres Landes, wie für ihre Beziehungen zur proletarischen Internationale.

Der Vertretung der Internationale in Stockholm wurde an der Hand von Dokumenten dafür erneut der schließliche Nachweis geführt. Die deutsche Sozialdemokratie kann trotz häßlichster Angriffe von innen und außen mit ruhigem Gewissen auf diese Tätigkeit zurückblicken. Wie ernst es ihr mit ihrer Friedensarbeit ist, dafür spricht am besten die am 19. Juli d. J. mit großer Mehrheit vom Deutschen Reichstag beschlossene Kundgebung für den Verständigungsfrieden, für einen Frieden ohne gewalttätige Gebiets-erwerbungen, ohne politische, wirtschaftliche und finanzielle Ver-gewaltigungen, der durch internationale Rechtsgarantien die Gleich-berechtigung aller Völker dauernd sichert.

Scharf wendet der Bericht sich gegen die Eroberungs-politik. Ihnen seien die schafelsten Methoden zur Be-kämpfung eines Verständigungsfriedens gerade recht, wenn sie behaupten: Verrat an den Interessen des Landes sei die Herbei-führung des Ausgleichsfriedens; Verzicht auf Annexionen und Entschädigungen sei Verzicht auf die Zukunft des Landes. In demagogisch aufgepumpten Wüstenoperieren sie mit phantastischen Zahlen künftiger Steuerlasten, die der Verständigungsfrieden unserem Volke aufbürden müsse. Daß aber jeder Tag Kriegsver-längerung Tausende Menschenleben mehr fordert, daß Vernichtung blühender Menschenkraft der schwerste und unerschöpfliche Verlust ist, stellen sie wohlweislich nicht in Rechnung.

Scharf wendet der Bericht sich gegen die Eroberungs-politik. Ihnen seien die schafelsten Methoden zur Be-kämpfung eines Verständigungsfriedens gerade recht, wenn sie behaupten: Verrat an den Interessen des Landes sei die Herbei-führung des Ausgleichsfriedens; Verzicht auf Annexionen und Entschädigungen sei Verzicht auf die Zukunft des Landes. In demagogisch aufgepumpten Wüstenoperieren sie mit phantastischen Zahlen künftiger Steuerlasten, die der Verständigungsfrieden unserem Volke aufbürden müsse. Daß aber jeder Tag Kriegsver-längerung Tausende Menschenleben mehr fordert, daß Vernichtung blühender Menschenkraft der schwerste und unerschöpfliche Verlust ist, stellen sie wohlweislich nicht in Rechnung.

Dem Reichstage muß der entscheidende Einfluß auf die Geschichte des Reiches werden. Mit der „engen Fühlungsnahe“ zwischen Regierung und Reichstag ist es nicht getan. Zwischen den beiden entscheidenden Faktoren der deutschen Politik muß ein fest-gefügtes Vertrauensverhältnis hergestellt werden; ein Vertrauens-verhältnis, das nur beruhen kann auf dem demokratisch-parlaman-tarischen System. Der Reichstag kann sich nicht länger mehr mit der Rolle des Kontrollorgans und des Kritikers der Reichspolitik be-gnügen. Die Liquidierung des Krieges, die großen Zukunftsauf-gaben des Reiches sind Schicksalsfragen für unser Volk. Ihre Ent-scheidung darf nicht in der Hand einer Oberschicht liegen, die zum Volk in keinerlei Vertrauensverhältnis steht. Das deutsche Volk hat diese Bedrohung längst satt! Es will sein künftiges Schick-sal selbst bestimmen. Allerdings — die Durchführung unserer demo-kratischen Forderungen kann nicht das Werk fremder Bourgeoisie-regierungen sein. Die Unabhängigkeit unseres Landes, das Selbst-bestimmungsrecht unser eigenem Volkes sind die ersten Voraus-

setzungen einer wahrhaft demokratischen Politik. Die Entente mag noch so laut und aufdringlich von der Befreiung fremder Völker reden — in Deutschland gibt es nicht einen Arbeiter, der das beschwerliche Spiel, das sie mit der Demokratie treibt, nicht durch-schaute. Damit müssen die Arbeiter in England und Frankreich rechnen! Sie können uns nicht befreien, denn sie haben mit ihrer Bourgeoisie genug zu tun. Was diese den Arbeitern ihrer Länder zu bieten vermag, zeigt das Reiseverbot nach Stockholm. Die Bour-geoisie der Ententeländer kämpft ebenso wie unsere Kriegsverlän-gerer gegen Stockholm; sie fürchten dort Gefahr für ihre kapitalisti-schen Eroberungsziele. Die deutsche Arbeiterklasse hat ihre inner-politischen Kämpfe bisher ohne Hilfe von außen geführt; so gebietet sie das auch in Zukunft zu halten. . . .

Der Krieg hat die Partei auch vor große wirtschaftliche Auf-gaben gestellt. Zur Sicherstellung der Volksernäh-rung ist der Parteivorstand gemeinsam mit der Generalkon-mission der Gewerkschaften unausgesetzt tätig gewesen. Schon am 13. August 1914 unterbreitete er der Regierung ein Programm für die Organisation unserer gesamten Ernährung. Der Reichskon-ferenz der Partei lag bereits die Zusammenstellung von 13, teil-weise sehr umfangreicher Denkschriften an die Regierung vor, die sich mit den Ernährungsfragen befaßten. So unbefriedigend unsere Ernährungsverhältnisse auch sind, ohne die hingebende und zähe Arbeit der Parteimitglieder wäre es sicher noch schlimmer um sie bestellt. Die Differenzen in der Partei erfahren in dem Bericht keine besondere Behandlung. Trotzdem klingen sie unausgesetzt aus der knappen Darstellung der gefaßten Beschlüsse und Veranstaltun-gen heraus. Die Reichskonferenz im September 1916, die der Partei die bedrohliche Einheit erhalten sollte, wurde von der Opposition vor, während und nach der Tagung diskreditiert. Durch eine lächerliche Obstruktion suchte man die Konferenz wirkungslos zu machen und sabotierte zielbewußt ihre Arbeit. Triumphierend verkündete dort eine ihrer lautesten Auser: „Was hier die Konferenz bezwecken soll, das wird sie nicht erreichen. Sie sehen, daß hier Gegenfälle vorhanden sind, die unvereinbar sind.“ Die über-aus große Mehrheit der Konferenz stimmte einem Friedensmanifest zu, billigte die Bewilligung der Kriegskredite und beurteilte die von der Opposition herbeigeführte Spaltung der Reichstagsfrak-tion. Die Konferenz protestierte gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes, verlangte Demokratisierung der Verfassung, der inneren und äußeren Verwaltung und durchgreifende Maß-nahmen in der Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung.

Die Organisation

Der Partei ist durch den Krieg allerdings arg in Mitleidenschaft ge-zogen. Der über das Reich verhängte Belagerungszustand hatte in den Grenzbezirken die Auflösung der politischen Organisationen zur Folge.

Fest die Hälfte unserer männlichen Mitglieder wurden be-reits in der ersten Zeit des Krieges von der Einberufung zum Heeresdienst betroffen. Inzwischen hat sich diese Zahl auf zirka 75 Prozent der gesamten männlichen Mitglieder erhöht. Zu einer weiteren zahlenmäßig nicht jetztustellenden Schwächung der Partei hat die verwüstende Agitation der Opposition, die schließlich zur Spaltung der Partei führte, beigetragen.

Leider ist auch die Zahl der weiblichen Mitglieder erheblich ge-sunken. Die Ursache wird zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß bei Kriegsbeginn die Kriegerfrauen meistens von Beiträgen befreit wurden, mit dieser an sich erklärlichen Maßnahme aber auch vielfach die Fühlung mit der Organisation verloren ging.

Die Spaltung brachte Mitgliederverluste in den Bezirken Groß-Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., Ostpreußen, Niederrhein, Braunschweig, Halle, Erfurt und Groß-Nürtingen. Die übrigen Bezirke wurden weniger, ein großer Teil gar nicht davon berührt.

Die dem Bericht beigelegte Tabelle über die Mitgliederzahl in den einzelnen Bezirken gibt kein vollständiges Bild über die tatsächliche Stärke der Organisationen. Bei dem Mangel an zu-verlässigen Funktoren wurde vielfach nur mangelhaft berichtet. Nach dem großen Zulauf, den die Organisationen durch die erfolg-reiche Werbearbeit der „roten Woche“ im Jahre 1914 erfuhren, betrug die Gesamtmitgliederzahl

Table with 2 columns: Date (am 31. März 1914, 1915, 1916, 1917) and Membership Count (1 085 905, 885 868, 492 618, 243 061) with a sub-total for Frauen (174 754, 134 663, 112 418, 66 608).

Diese Zahlen zeigen die Wirkungen des Krieges wie des Parteistritts mit großer Deutlichkeit. Sie sind ein Warnungs-zeichen, aber auch ein starker Ansporn, der Gefahr zu begegnen, die in einer weiteren Schwächung der Organisation liegt. Die Sozial-demokratie hat im Kriege so gewaltige moralische Eroberungen ge-macht, daß es gelingen muß, diese auch organisatorisch auszu-münzen.

Die Frauenbewegung

hat dazu ebenfalls wirkungsvolle Arbeit geleistet.

Die verschiedenen Aufrufe und Direktiven des Parteivorstandes zur Kriegsnot und Lebensmittelfrage gaben auch ihr die Richt-schnur für ihr Handeln. Konnte schon vor dem Kriege von einer stetig zunehmenden kommunalen Mitarbeit unserer Genossinnen berichtet werden, so hat die jetzige Arbeit unserer Genossinnen auf kommunalem und sozialpolitischem Gebiete sich ganz gewaltig ver-mehrt. Daneben läuft eine nicht zu unterschätzende soziale Ar-beitsleistung in den verschiedensten Vereinen. Von den 47 befrag-ten Parteibezirken berichteten 31 von stehiger Mitarbeit unserer Genossinnen in Preisprüfungsstellen, Lebensmittelkommissionen und -ämtern, in Volkstuchenausschüssen und Kriegsnotfor-sorgekommissionen, in der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, im Säuglings-, Kinder- und Wotterschuh, in der Jugendfürsorge, als Kontrollleurin auf dem Lebensmittelmarkt und in Beschwerde-kommissionen.

An öffentlichen Frauenversammlungen fanden in den drei Be-richtsjahren 1107 statt. Den Vorständen gehörten am 31. März 1917 577 Genossinnen an.

Eine Frauenkonferenz für das ganze Reich fand am 7. und 8. Juli d. J. statt mit der Tagesordnung: 1. Die Frauen in der Kriegswirtschaft, 2. Unsere Agitation, 3. Das Frauenwahl-recht, zu der aus 38 Bezirken 50 Delegierte erschienen.

Eine unmittelbare Folge der Reichskonferenz war, daß von einzelnen Bezirken und Kreisen wieder Agitationsversammlungen und planmäßige Werbeaktionen für „Gleichheit“ und Partei einge-leitet wurden. Sowohl nach dem Verlauf der Tagung, wie auch

nach ihren unmittelbaren Folgen in den Bezirken ist zu hoffen, daß die Reichsfrauenkonferenz angesehen werden kann als beachtungs-voller Auftakt zu neuer Arbeit der Genossinnen im Dienste des Sozialismus.

Die Jugendbewegung

Bei Kriegsausbruch zählten wir 837 Jugendaussschüsse, 38 Be-zirksleitungen und 108 000 Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“. Der Krieg mit seinen mehr und mehr unerfreulichen Begleiterscheinun-gen hat auch die Jugendbewegung in Mitleidenschaft gezogen. Be-sonders die fortgeschrittenen Eubereufungen, die uns unsere besten und tüchtigsten Kräfte entzogen, hat die Jugendbewegung an diesen Orten lahmgelegt. Sie blieb auch von Spaltungsbefürchtungen nicht verschont. Schon kurz nach Beginn des Krieges setzten hier die Treibereien gewissenloser, jeder Verantwortung baren Elemente ein. Diese Treibereien, deren Träger durchweg die älteren, der Jugendbewegung längst erwachsenen Jugendlichen wurden, führten zum Boykott der „Arbeiter-Jugend“ und zur Auflösung von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend — und damit zur Spaltung. Diese Spaltung wurde nicht allein von den Spartakusanhängern, sondern neuerdings auch von den Anhängern der Unabhängigen So-zialdemokratischen Partei herbeigeführt. Tagungen wurden die möglichen Abwehrmaßnahmen durch die Zentralstelle getroffen.

Die Frage der militärischen Jugendausbildung berief am 25. Oktober 1914 eine Konferenz der Bezirksleitungen, die nach eingehender Aussprache beschloß, die Beteiligung an den mili-tärischen Jugendkompagnien abzulehnen.

Auch gegen den Spargzwang und die sonstigen die Jugend betreffenden Kriegsverordnungen der Generalkommandos wandte sich die Zentralstelle wiederholt, sowohl durch unsere Ver-treter im Parlament, als auch durch eine ausführlich begründete Eingabe an das preussische Kriegsministerium, die die Aufhebung dieser Erlasse forderte.

Die Zahl der Jugendaussschüsse betrug am 1. April 1915 zirka 500, am 1. April 1916 zirka 400 und am 1. April 1917 etwa 300.

Table with 5 columns: Year (1914/15, 1915/16), Youth Members (303, 194), Meetings (2956, 1246), Articles (70, 42), Contributions (468, 295), Members (1446, 612).

Der Abonnentenstand der „Arbeiter-Jugend“ betrug am 1. April 1915 in 490 Orten . . . 67 062 1. . 1916 . . . 62 934 1. . 1917 . . . 39 511

Das Bildungswesen

hat während der Berichtszeit, begreiflich genug, am Ärgsten gelitten. Von den Einrichtungen des Zentral-Bildungsausschusses hat die Lichtbildergentralen der Krieg am besten überstanden. Schon in Friedenszeiten zogen Lichtbildervorträge größere Kreise von Zuhörern leichter an als andere Vorträge. In der Kriegs-zeit waren bis in den dritten Kriegswinter hinein Lichtbildervor-träge oft das einzige Mittel, größere Massen von Arbeitern und Arbeiterinnen zu vereinigen. Der Zentral-Bildungsausschuß hatte deshalb auch eine Reihe neuer Serien herbeigeführt, die sich unmittel-bar und mittelbar auf den Krieg bezogen. Natürlich stand auch bei diesen Serien der Bildungszweck im Vordergrund. Auch die Märchenferien wurden für Kinderveranstaltungen viel benutzt. Erst im dritten Kriegswinter hat die Vernichtung der Lichtbildergentralen erheblich nachgelassen. Mehrere Male wurden unsere Serien auch von Lazaretten, einzelnen Heeresabteilungen und Garnisonen in Anspruch genommen. —

Seit Anfang Juni 1914 fanden 24 Nachwahlen zum Reichstag statt, die bis auf zwei „burgfriedlich“ erledigt wur-den. In Mannheim wurde an Stelle von Genossen Franz der Ge-nosse Ged, in Hamburg III an Stelle von Genossen Rehger Genosse Stubbe, in Reichenbach an Stelle von Kühn Genosse Müller, in Köln an Stelle von Hofrichter Genosse Meerfeld gewählt. Zu einem Wahlkampf kam es im 11. jährliehen Reichstagswahlkreis, wo die Konservativen an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Giese den nationalen alldentschen Agitator Dr. Wildgrube aufstellten. Nur zwei Kandidaten standen sich gegenüber. Während bei der Haupt-wahl 1912 für Lipinski 11 212, für den Konservativen Dr. Giese 10 328 und für einen Freisinnigen 4338 Stimmen abgegeben waren und bei der Stichwahl für Lipinski 12 840 und für Giese 13 328 Stimmen, erhielt bei der Nachwahl Lipinski 6302 und Dr. Wild-grube 7978 Stimmen. Ein eigenartiger Wahlkampf entwickelte sich in Spandau, wo Liebfriedts Mandat durch dessen Verurteilung für un-gültig erklärt war. Auf der Kreisversammlung, auf der die Kandi-datenfrage geregelt werden sollte, hatte man erst einen Beschluß durchgedrückt, daß bei der Wahl eines Kandidaten nur die Stim-men gültig sein sollten, die für einen Anhänger der Parteioppo-sition abgegeben wurden. Dadurch erlangte man eine Mehrheit für eine Kandidatur Wehring, gegen die der Bezirksvorstandsvertreter Einspruch auf Grund § 19 des Parteistatuts erhob, weil bei den Kandidaten eine engere Wahl zwischen Stahl, der die meisten Stimmen auf sich vereinigte, und dem die nächste hohe Zahl er-reichenden Kandidaten erforderlich sei. Ehe der Protest in einer späteren Konferenz zur Erledigung kommen konnte, be-schloß man den Anschluß der Organisation an die in der bekannten Konferenz im Januar gegründete Organisation der Opposition, den „späteren „Unabhängigen“. Das zwang zur Sammlung der der Partei treu gebliebenen Genossen und der Aufstellung einer eigenen Kandidatur. So gab es nun einen Wahlkampf zwischen unseren Genossen und den Anhängern der Spartakusgruppe. Das Wahl-ergebnis war folgendes:

Table with 2 columns: Candidate (für Stahl, für Wehring, Zerpfliert) and Votes (16 561, 5 010, 4).

Damit war scharf bewiesen, daß die überwiegende Mehr-heit der Parteigenossen in diesem Kreise nicht auf dem Boden der Spartakusgruppe steht, sondern für den Genossen Stahl gestimmt hat. Würde selbst der prozentuale Anteil der Gegner so groß ge-wesen wie bei der Stichwahl 1912, als von 100 abgegebenen Stim-men 47,4 auf den Gegner entfielen, dann wären 10 378 Stimmen von Gegnern abgegeben, also 11 517 von Sozialdemokraten, wovon Wehring 5010 erhielt, also 6403 auf Stahl entfallen wären. Nun wird aber kein Mensch behaupten, daß die Gegner sich mit solchem Eifer für die Wahl eines Sozialdemokraten einsetzen wie für den

eigenen Kandidaten. Das wird auch durch den Umstand bewiesen, weil die Stimmen für Genossen Stahl besonders zahlreich in den Arbeitervierteln Spandaus waren.

Bei der Landtagswahl im 11. Berliner Wahlkreis wurde Mehring für die SPD in das Reichsparlament gewählt.

In den Gemeindevertretungen sind bei der Anerkennung des Burgfriedens wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Ein Wandel ist infolgedessen eingetreten, als in zahlreichen Gemeinden Parteigenossen als Stadträte, Mitglieder der Schuldeputationen usw. gewählt und bestätigt wurden, so daß nun in mehr als 100 Städten sozialdemokratische Stadträte ihres Amtes warten.

Die Parteipresse hat in der Berichtszeit eine furchtbare Belastungsprobe geschäftlich und auch sonstig bestanden und wird, ja muß sie auch bis zur Beendigung des Krieges bestehen. Der Vorfall, alle Vorkämpfer der Partei während des Krieges zu erhalten, konnte im allgemeinen bisher durchgeführt werden. Nur das kurz vor Ausbruch des Krieges für Oberschlesien errichtete Unternehmen in Katowitz mußte geschlossen werden und einige kleine Kopfbücher wurden mit ihren Stammbüchern zusammengelegt. Das und der Uebergang einiger Parteibücher zu der neuen Partei der Unabhängigen hat zur Folge gehabt, daß die Zahl der sozialdemokratischen Zeitungen von 91 am 31. März 1914 auf 80 am 31. März 1917 gesunken ist.

Leider haben die Einberufungen zum Heeresdienst auch einen erheblichen Rückgang der Abonnentenzahl zur Folge gehabt. Während wir am 31. März 1914 mit 1 488 345 Abonnenten der Tagespresse einschließlich der „Gleichheit“ abschloßen, sank diese Zahl bis zum 31. März 1915 auf 1 060 891 und bis zum 31. März 1916 auf 800 731 und schloß am 31. März 1917 mit 762 757 ab. Das ist ein Rückgang um 48 Proz. Er beweist, daß die sozialdemokratische Presse nicht überall in den Arbeiterfamilien hinreichend fest wurzelt, so daß mit dem Fortgang des Mannes meist zu dem Abonnement eines bürgerlichen Blattes übergegangen wurde.

Zimmerlin scheint der Rückgang an Abonnenten jetzt bereits einem bei fast allen Blättern bemerkbaren Abonnentenzugang zu weichen. Die Abonnentenzahl einzelner Blätter steigt andauernd in erheblichem Maße. Das ist besonders auch bei dem „Vorwärts“ der Fall, dem durch den gegen ihn beschlossenen Boykott ein Teil seiner Leser abgejagt war. Sie kehren jetzt in wachsender Zahl zurück. Im Juli hat er allein 10 000 neue Abonnenten gewonnen. Der „Vorwärts“-Konflikt bildet ein besonderes Kapitel in dem Bericht, dessen Inhalt jedoch schon ausführlicher, mit Dokumenten belegt, aus der zur Klarstellung des Konflikts herausgegebenen Broschüre des Parteivorstandes bekannt ist.

Konferenzen der Redakteure unserer Parteipresse haben während des Krieges drei getagt, und zwar am 28. September 1914, 15. Mai 1915 und 19. August 1916. Alle drei Konferenzen beschäftigten sich mit der politischen Situation. Die Konferenz im September 1914 hatte auf Vorschlag des Parteivorstandes für die Haltung der Parteipresse im Krieg folgenden Leitsatz zugestimmt:

1. Die Parteipresse soll dem Surrealismus und chauvinistischen Treibern entgegenwirken;
2. Unregelmäßigkeiten bekämpfen;
3. bei Berichten über Kriegsgewalt, Gefangen- und Verwundetenbehandlung mit größter Objektivität verfahren und
4. auf dem Gebiete der Wirtschaft- und Sozialpolitik schnell und wegweisend sein.

Der Agitation und Werbearbeit der Partei waren durch den Belagerungszustand, seine Handhabung und die naturgemäß damit verbundenen behördlichen Lebensregeln enge Fesseln angelegt. Diese Einschränkung des politischen Lebens wurde mit der langen Dauer des Krieges immer unerträglich. Gegen besonderen Schutz militärischer Interessen im Kriege wird niemand etwas einzuwenden haben. Die Handhabung des Kriegszustandsgesetzes geht jedoch weit darüber hinaus. Staatsbürgerliche Rechte werden vielfach kurzerhand beiseite geschoben und durch Willkür ersetzt. Die Partei hat deshalb den Belagerungszustand und seine Auswüchse, namentlich auch das System der Schutzhaft, unausgesetzt aufs schärfste bekämpft und Wiederherstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit verlangt.

Das Versammlungsleben hat sich mit Beginn des Jahres 1915 wieder lebhafter entwickelt. Nach den Berichten der Organisationen fanden Versammlungen statt

	Mitglieder	Deutsche Frauen-
		Versammlungen
1914-15	19 783	8182
1915-16	10 635	970
1916-17	7 181	778
	87 499	4980
		1107

Die Partei-Korrespondenz erscheint seit Ende 1914, zeltweise wöchentlich, jetzt täglich in einer Auflage von 13 000 Exemplaren. Broschüren und Flugchriften gegen die Leuzerung sind in Millionenauflagen verbreitet worden.

Zur Friedensfrage ist im Juni 1915 die Flugchrift: „Sozialdemokratie und Friede“ erschienen, später die Broschüre „Frieden, Brot und Gleiches Recht“. Scheidemanns Reichstagsrede: „Ein Frieden der Verständigung“ ist in mehr als 300 000 Exemplaren verbreitet worden.

Ein Bild des Parteilebens und all der Einzelphasen des Krieges wie des Kampfes in der Partei gibt der Abschnitt des Berichts, der die Beschlüsse des Parteiaussschusses registriert. In 13 Tagungen trat der Ausschuss zusammen, um sich gütlich zu den die Partei berührenden Fragen zu äußern. Ueber einstimmend wurde in der ersten derselben, am 9. September 1914, der Burgfriede in der Partei gefordert, aber schon die Januarstimmung 1915 konstatierte die unterirdische Wühlarbeit der Opposition. Der Burgfriede wurde aufgehoben, weil er sich einseitig nicht aufrechterhalten ließ, und die Verpflichtung ausgesprochen, den parteieigenen Geist bei Austragung der Gegenfrage aufrechtzuerhalten.

Die Bemilligung der Kriegskredite sowie die Arbeit zur Herbeiführung des Friedens durch Auffklärung im Inlande fand ebenso die Billigung des Parteiaussschusses wie die unausgesetzten Bemühungen zur Anbahnung einer Verständigung mit den Bruderparteien der kriegführenden Länder. Am 30. Juni 1915 sind die Dinge soweit geheißen, daß der Ausschuss beschließt:

„Der Parteiaussschuss verurteilt die offenbar von einer Zerknirschung aus geleitete unterirdische Ministerarbeit, die darauf hinausläuft, die Parteiorganisation von innen anzugreifen, um der Parteimehrheit den Willen der Minderheit aufzuzwingen. Dieses Verfahren ist unvereinbar mit den Interessen der Partei und der Arbeiterklasse.“

Die Veröffentlichung des Aufrufs „Das Gebot der Stunde“ durch den Genossen Haase, zumal ohne vorherige Prüfungnahme mit der Partei- und Fraktionsleitung, steht nicht im Einklang mit den Pflichten eines Vorsitzenden der Partei.“

Dann nahmen die Dinge ihren Gang. Am 27. März 1916 erklärte der Ausschuss zur Fraktionspaltung:

„daß die Gründung einer zweiten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvereinbar ist mit den Grundfäden des Organisationsstatuts, das nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion kennt und anerkennt. Der Parteiaussschuss erachtet es als eine unabwendbare Pflicht des Parteivorstandes, die sich aus dieser Sachlage ergebenden Folgerungen zu ziehen.“

Er stellt aber auch schon damals fest: „Die Tatsachen, die dem Parteiaussschuss bekannt geworden sind, zeigen unabweisbar, daß ein Teil der Parteimitglieder in führender Stellung sich eigene festgesetzte Organisationen geschaffen hat, die eigene Beiträge erheben und eigenes Organisationsleben führen mit dem Ziel, die Gesamtpartei zu bekämpfen.“

Demgegenüber betont er: „In der deutschen Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteigerüstung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei.“

Diese bestimmte warnende Stellungnahme führte zu einer maßlosen Hebe gegen den Parteiaussschuss, dem die Parteigerüster vorwarfen, daß er seine Befugnisse überschritten habe. Es folgte die Sonderkonferenz der Opposition im Januar 1917. Ihr Vorgehen, sie wirkten für die Einheit und im Rahmen der Partei wurde durch sie in seiner ganzen Unschicklichkeit enthüllt. Am 17. Januar 1917 konstatierte der Ausschuss als seine Auffassung:

„Das ist die Gründung einer Sonderorganisation gegen die Partei, und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wie ihre Anhänger haben sich nunmehr auch von der Partei selbst getrennt. Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei.“

Bereits am 18. März 1915 beschloß der Parteiaussschuss in Übereinstimmung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortsetzung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungskaktion für einen Frieden

„ohne Eroberungen und ohne Vergewaltigung irgendeines Volkes“.

Gemeinsam mit der Reichstagsfraktion legte er später in dreitägiger Sitzung Leitsätze für die Kriegsziele der Partei fest und nahm am 17. Juli 1917 zustimmend den Bericht über die Verhandlungen der internationalen Konferenz in Stockholm entgegen.

In der gleichen Sitzung beriet der Ausschuss eingehend über die politische Situation und kam dabei einstimmig zu dem Ergebnis:

„Die Fraktion soll bei der nächsten Reichstagsstimmung von der Reichsleitung mit allem Nachdruck verlangen, daß sie zur Kriegszielefrage klar Stellung nehme und sich bestimmt zur Demokratisierung im Innern, namentlich zur Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen erkläre.“

Die internationale Verständigung hat während des Krieges keinen treueren Freund gefunden wie die deutsche Sozialdemokratie. Von der Reise Müllers nach Paris, kurz vor Ausbruch des Krieges, zu dem Versuch zu einer Verbindung mit der französischen Partei auf dem Wege über die Schweiz zu gelangen, im September 1914, und der Unterstützung der Bemühungen der holländischen und skandinavischen Genossen bis Stockholm ist eine geschlossene Kette von Beweisen hierfür. Diese Arbeiten finden in dem Bericht eine eingehende Würdigung. Sie sind in letzter Zeit auch in der Parteipresse so häufig besprochen worden, daß sich hier eine nochmalige Wiederholung erübrigen kann, ebenso wie die Wiederholung der im Sonderabdruck in einer Massenaufgabe verbreiteten Erklärung der Delegation der deutschen Sozialdemokratie auf der internationalen sozialistischen Friedenskonferenz in Stockholm. In diesem Dokument finden alle die Einwände, die im In- und Auslande gegen die grundsätzliche Stellung der Partei erfolgt sind, ihre bündige Widerlegung. Es ist ein Werk, das dem zukünftigen Beurteiler, der unsere Zeit, losgelöst von der Reizbarkeit der täglichen Kriegseinstimmungen, betrachtet, die angeblich grundsätzlichen Differenzen über die Haltung der Partei als das zeigen wird, was sie sind: als grundlose Treibereien zum Schaden der Einheit der deutschen Sozialdemokratie und der ganzen Arbeiterbewegung.

Der Rassenbericht muß entsprechend dem Stand der Organisationen und der Parteipresse als ein wenig befriedigender bezeichnet werden.

Im letzten Berichtsjahr 1916/17 betrug die Summe der Gesamteinnahmen 583 458,23 Mk., denen eine Ausgabe von 676 295,99 Mark gegenübersteht, so daß bei einem Kassendebit von 34 743,34 Mark die Summe von 876 065,68 Mk. dem Vermögen zum Ausgleich entnommen werden mußte.

Unter diesen Umständen werden die Parteiorganisationen im Lande bemüht sein müssen, mehr als bisher wieder an die finan-

zielle Stärkung der Partei zu denken, soll diese den gewaltigen Kämpfen, die ihr in der Zukunft noch bevorstehen, auch finanziell gewachsen sein.

### Bericht der Kontrollkommission.

Die Kontrollkommission legt zum ersten Male einen schriftlichen Bericht vor, in dem auch der schon im Jahre 1914 erstattete seine unverminderte Aufnahme gefunden hat. Einen verhältnismäßig breiten Raum nehmen in diesem die Verhandlungen ein, die zur Herbeiführung befriedigender Verhältnisse in der Redaktion der „Neuen Zeit“ geführt wurden, die durch den Gegensatz zwischen Kautsky und Mehring unendlich geworden waren. Die im Einverständnis mit der übrigen Redaktion erfolgte Aufhebung der Feuilletonbeilage durch den Parteivorstand fand nicht die Billigung der Kontrollkommission. Im geschichtlichen Interesse ist die Schlussfolgerung des Berichtes vom Jahre 1913/14 über das Zusammenarbeiten der Kontrollkommission mit dem Parteivorstand. Dort wird betont, nachdem gesagt ist, daß die Kontrollkommission nicht immer imstande sei, die Beschlüsse des Parteivorstandes zu billigen:

„Aber bei dem Austrag der Meinungsverschiedenheiten jeder Art finden sich beide Körperschaften in dem Bestreben zusammen, das Beste für die Partei zu wollen. Ihre Auseinandersetzungen sind von festem gegenseitigen Vertrauen und kameradschaftlicher Gesinnung getragen, der Grundlage eines demokratischen, eines brüderlich-sozialistischen Zusammenwirkens, wie sie all die Jahre über trotz mancher lebhaften Erörterung bestanden hat und besteht. Die sich immer schärfer ausprägenden Klassenkämpfe, ganz besonders in der jetzigen Zeit, fordern mehr als je von den Mitgliedern beider Körperschaften, ebenso die Selbständigkeit des Urteils und die Freiheit der Kritik, wie ein freundschaftliches vertrauensvolles Zusammenarbeiten.“

In der Stellung der Kontrollkommission liegt es begründet, daß sie sich auch wiederholt mit den Differenzen in der Partei zu befassen hatte. Den Parteifreit in Stuttgart und Göttingen entschied sie am 22. und 23. November 1915 in Frankfurt a. M. in der Hauptsache durch Zurückweisung der Beschwerden gegen den Parteivorstand, weil sie „unbegründet“ waren.

Die Vorbereitung der Parteipaltung, die durch Kautsky in der „Neuen Zeit“ gefördert wurde, wollte die Redaktion des „Vorwärts“ durch einen Artikel „Politische Pflicht und Parteidisziplin“ unterbinden. Der Parteivorstand wollte den Abdruck nur gestatten, wenn auch die gegen Kautsky von Braun u. a. erhobenen Einwände im Zusammenhange gebracht würden. Die Redaktion lehnte das ab und legte Beschwerde ein, die von der Kontrollkommission „zurückgewiesen“ wurde. Sie erklärte:

„Der Parteivorstand, der die Einheit der Partei zu wahren hat, mußte die Ablehnung der Artikel verlangen.“

Wegen Herausgabe der Broschüren „Für die Einheit der Partei“ und „Sozialdemokratie und nationale Verteidigung“ erhoben der sozialdemokratische Verein Königsberg und Seeger (Leipzig) Beschwerde: der Parteivorstand „überschreite seine Befugnisse und treibe Parteigerüstung“. Die Kontrollkommission beschloß: „Die Beschwerde ist unbegründet.“ Ebenso wurde die Beschwerde Königsberg gegen den Vorstand: „er habe Haase zur Niederlegung seines Amtes als Parteivorstand in unerläuter Weise genötigt, diese Amtsniederlegung sei daher eine rechtswidrig erzwungene und daher rechtswidrig“, als unbegründet zurückgewiesen und in derselben Sache nochmals: „Die Kontrollkommission war einstimmig der Auffassung, daß dem Parteivorstand wegen seiner Behandlung des Falles Haase ein Vorwurf nicht zu machen ist.“

Im Falle Reher, der als Redakteur am Zentralorgan der Partei die Beitragsperre propagierte, konnte die Kontrollkommission mit 4 gegen 4 Stimmen keine Entscheidung treffen.

Der Bericht schildert im einzelnen die verhandelten Beschwerdefälle und geht sodann auf die Wirkungen der Parteipaltung auf die Zusammensetzung der Kommission ein:

An den Verhandlungen hatten bisher die Mitglieder Wilhelm Bod, Fritz Geher und Adolf Sed mitgewirkt; Clara Zeitlin war wegen Krankheit seit August 1915 entschuldigt. Aus diesem Grunde wurde die Entscheidung der Frage, ob sie noch der Kontrollkommission angehören könne, hinausgeschoben. Es war bekannt, daß sie seit Jahren ihre Beitragszahlung an die sozialdemokratische Partei eingestellt und der Sonderorganisation in Stuttgart angehört, die keine Beiträge an den Parteivorstand abführt. Bod und Geher hatten sich im Reichstag von der Weichheit getrennt und waren der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft beigetreten. Adolf Sed war in Baden aus der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages ausgetreten. Diese drei Mitglieder gehörten aber noch zur sozialdemokratischen Partei, zu der sie ihre Beiträge zahlten; ihre Sonderbestrebungen konnten daher nicht ausschlaggebend für ihre weitere Zugehörigkeit zur Kontrollkommission sein.

Erst als Geher und Bod die „Unabhängige sozialdemokratische Partei“ mit aus der Taufe hoben, war ihre Zugehörigkeit zur Kontrollkommission unmöglich geworden. Sed erklärte im Gegensatz zu Pressenachrichten seinen Kollegen, daß er „nach wie vor Mitglied der alten Organisation sei und ihr seine Beiträge bezahle“. Am selben Tage aber teilte er schriftlich mit, er habe jetzt erst erfahren, daß er in Göttingen die Kontrollkommission der „Unabhängigen“ gewählt sei. „Die Tatsache war mir bisher unbekannt. Ich bin also zur heutigen Sitzung der Kontrollkommission unter unrichtigen Voraussetzungen gekommen.“

Damit war auch Sed aus der Kommission ausgeschieden, die den Genossen Brühne, Frankfurt a. M., zu ihrem Vorsitzenden bestimmte und außer ihm aus den Genossen Ernst, Dengsbach, Starbe und Timm besteht. Die Kontrollkommission hat auch in den Tätigkeitsjahren 1914/17 allvierteljährlich die Hauptkasse, Buchhaltung und Verlag des „Vorwärts“ und die übrigen zentralen Parteigeschäfte und die ihnen angegliederten Betriebe revidiert. Zu wesentlichen Ausstellungen gaben die Revisionen keine Veranlassung. Vielmehr wurde stets alles in bester Ordnung befunden, auch die Gesamttätigkeit des Parteivorstandes, die immer in gemeinsamen Sitzungen besprochen wurde, konnte nur gebilligt werden.

**Cigarren, Cigaretten, Kautabake**  
Engros  
F. Ernst Borch, Elisenstr. 21.  
**Alkoholfreie Getränke**  
**Franz Abraham**  
Bau-Messing u. Röhrenwerk-Kol.  
E. 25 Barlitz, Fa. Fernsp. Kgl. 13708.  
**Bad-Anstalten**  
**Central-Bad**  
Anzengruberstr. 2.  
**Diana-Bad**  
Koppenstr. 53.  
**Passage-Bad**  
Kastellstr. 79.  
**Reform-Bad, Wiener Str. 66.**  
**Bäcker- u. Konditoreien**  
**Oskar Hanke's Brotbäck.**  
75 Geschäfte  
in allen Stadtteilen Berlins  
sowie in Neukölln u. Tempelhof  
gegründet 1892.  
F. Krasnowald, Schivelbühlstr. 14.  
G. Meier, Grünauer 21.

**Erscheint 2 mal wöchentlich.**  
**Otto Wolff, Treptow, Kröllt. 16**  
Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseest. 151a  
**Bandagen, Gummilw.**  
R. Banke, Stralauer Str. 44.  
E. Kraus, Krenzschloßstr. 45.  
A. E. Lange, Brunnenstr. 108  
**Butter, Eier, Käse**  
**Wilhelm Göbel**  
25 eigene Füllkäs.  
**Gebrüder Manns**  
48 eigene Detailgeschäfte  
**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen  
**Uhly & Wolfram**

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**  
**August Holz** 15 Detail-Geschäfte.  
**Bierbrauerei, Bierhandl.**  
**Brauerei Bötzwil**  
empfiehlt  
**Qualitätsbiere**  
**Münchener Brauhaus**  
Berlin und Oranienburg  
**Trink Wanninger Bier!**  
**Weissbier, C. Breithaupt,**  
Falschenstr. 97 Tel. Lpt. 2081, 2082  
**Drogen und Farben**  
Werner-Druggen, Rich. Reiterstr. 14  
**Essigfabriken**  
**Timmer-Essig**  
überall erhältlich!  
**Fleisch- u. Wurstw.**  
**W. Beck**  
Inh.: Herm. Gerboch  
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69  
Fleisch- und Wurstwarenfabrik  
Willy Gerboch, Petersburgerstr. 21  
Otto Kengel, Alte Jacobstr. 24.  
**Horren- u. Knabengard.**  
**J. Baer** Radstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.  
Leake & Slopocki, Schick-Allee 7  
Fabisch & Co. Eckhaus Lindenstr.  
**Kolonialwaren**  
Adam Schuly, Schützenstr. 11.  
**Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.**  
Carl Jung, Stromstr. 11.  
Röhmann, P.-Möllers-Platz 46b, E. Seest.  
**Mehlhandlung**  
**Bethke, Georg,** Kottbus-  
str. 44-  
Kottbus, Elsterstr. 33, Kaiser-Friedr.  
Str. 44, Wassert. 189, Friedenstr. 33  
Tempelhof, Grün-Str. 44.  
**Gaede, Otto** Charlotten-  
burg,  
Wrangeistr. 75  
Ecke Cuvrystr.  
**F. W. Sichter**  
**Nähmaschinen**  
**Bellmann, E.** Gollnowstr. 24  
Nähmaschinen  
**Singer**  
**Nähmaschinen**  
Läden in allen Stadtteilen.

**Unternehmende Geschäfte**  
empfehlen sich h. Einkäuf.  
**Alte, Mützen, Pelzwaren**  
**Vester, E.** Kottbus-  
str. 119, Damm 18/19.  
**Kurz-, Weiß-, Wollw., Fränting**  
Hermann Meyer, Schivelbühlstr. 31.  
**Photogr. Apparate**  
**M. Albrecht** SO. Kottbusstr. 2.  
auch Gelegenheitshändler.  
**Weine, Liköre, Fruchtsäfte**  
**Kugo Soling**  
60 Filialen in allen Stadtteilen.  
**Herm. Meyer & Co., A.G.**  
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.  
**Underberg**  
Kaiserstr. 100

**Meierei C. Bolle**  
A.-G.  
Berlin N.W. 21, Alt Moabit  
100 103 u.  
Ältester und größter  
Milchwirtschaftlicher  
Grossbetrieb  
**Optiker, Mechaniker**  
Schubert, Carl, Nolln, Bergerstr. 148  
**Schreibwaren**  
O. Frochnow, Nolln, Bergerstr. 49  
**Uhren u. Goldwaren**  
Lehmann, Alsb., Frankl, Allee 44  
**Versicherungen**  
„Deutschland“ Berlin  
Arbeiterversicherung — Schützen-  
bergkassenscheiblerstr. 10, straße 2.  
Spende  
Schneiders, Köpenick, Köpenick, Köpenick

Seiftesgymnastik.

Von Toni Sufmann.

Jede körperlich bedingte Tätigkeit verlangt Übung. Wir wissen, daß ein Stundenhoder stundenlange Märsche gar nicht oder nur unter großer Erzwörung mit Aufbietung letzter Kräfte ausführen kann.

Ein guter Weigen- oder Klavierpieler, der nicht Fingerübungen gemacht hat und sie größtenteils beibehält, ist für uns nicht denkbar. Bei Akrobaten und Jongleuren bewundern wir die Kraft und Geschicklichkeit, die sie sich durch Übung erworben haben.

Alle dies sind alte Erfahrungen, die so bekannt sind, daß es überflüssig erscheint, noch darüber zu reden. Trotzdem hielt ich es für notwendig. Es ist nämlich seltsam, daß fast alle Menschen bei der körperlichen Übung Halt machen. Nur manchmal hört man mit einem Stoßseufzer sagen: „Wenn ich doch meinen Verstand ebenso beugen und strecken könnte, wie meine Arme und Beine.“

Hätte Frau J. ein wenig psychologische Schulung, so würde sie zuerst fragen: Woher kommt es, daß mein Gedächtnis nachgelassen hat? Und hat es wirklich überall gleichmäßig nachgelassen oder sind die Lücken nicht sehr ungleich verteilt?

Wie der Baumeister das Grundstück eingehend auf seine Tragfähigkeit untersucht, bevor er mit dem Hausbau beginnt, so untersucht der Psychologe den seelischen Zustand ebenso wie den Intelligenzgrad des Patienten. Bei der Untersuchung des Bauplans muß der Baumeister auch in die Tiefe gehen und wird dabei häufig auf Schutt stoßen, der für sein Bauwerk nicht die sichere Grundlage bietet.

Ist dieses große Reinemachen, vor dem jeder Hausfrau graut, vorüber, atmen wir frei auf. In dieser staubfreien Luft läßt sich gut arbeiten, und nun geht es ans Bauen.

Wir tun gut daran, mit den Aufmerksamkeiten zu beginnen. Denn wer nicht aufpassen und erfassen kann, kann auch nicht festhalten.

So üben wir uns im schnellen exakten Anschauen von Gegenständen und Bildern, im Anhören von Worten und Zahlen, im Anpassen von Gegenständen, die dem Auge verborgen sind. Bald beginnt sich auch unsere Merkfähigkeit zu rühren.

Die meisten Werke sind nicht geschaffen worden, viel Kraft wird täglich zerplittert, weil die Denkfähigkeit von uns wirklich arbeiten können. Es ist selbstverständlich, daß jeder Mensch im Laufe der Zeit seine eigene Arbeitsweise sucht und auch findet.

In der Schule lernen wir so viel Ueberflüssiges. Aber die Hauptsache wurde uns nie gezeigt: wie wir lernen sollen. Man rief uns zu: „Aufpassen!“ oder: „Lern! zu morgen drei Strophen auswendig.“

Wie sich die allgemeine Leistungsfähigkeit durch Übung steigern läßt, wissen die Pädagogen. So schreibt Max Lohstein in seiner experimentellen praktischen Schullernde (Berlin 1916) S. 202:

„Wenn man täglich zu gleicher Zeit fünf Minuten rechnen läßt, etwa morgens um 9 Uhr, dann macht man die pädagogisch wertvolle Beobachtung, daß die Leistungsfähigkeit der meisten Schüler über eine Reihe von Tagen hin stets zunimmt, obwohl es sich um Aufgaben handelt, die hundertfach in ähnlicher Form im Unterricht geübt worden sind.“

Mit solchen Rechenübungen allein richtet man bei Arbeitsfähigen freilich nichts aus. Hier muß der ganze Apparat in Tätigkeit gesetzt werden.

Es kann den Anschein erwecken, als ob diese Behandlungsweise den Patienten zu einem unumgänglichen Übel herabstufen läßt und ihn in ein starkes Abhängigkeitsgefühl zu seinem psychologischen Lehrer bringt. Da steht für den Psychologen die schönste Aufgabe. Er zieht den Schüler heran und lehrt ihn seinen eigenen Abhängigkeit zu suchen, der keineswegs immer der des Lehrers ist.

Jenseits des Handgemenges.

Seitdem Romain Rolland 1915 in seinem bekannten Buche „Au dessus de la mêlée“ dem blinden Fanatismus und der aufgelösten Verleumdungslust seiner Landsleute den Abgesandten geschrieben hat, hat immerhin eine kleine Anzahl von Franzosen den Mut gefunden, seinen Spuren zu folgen, sich mit ihm jenseits des Handgemenges zu stellen, die Stimme der Menschlichkeit zu erheben und auch dem Feinde Gerechtigkeit und Achtung zu erweisen.

Der zischende Laut von Füßen, die durch Gras geführt werden, und der dumpfe Laut von Holzschuhen auf einem Ackerboden unterbrachen die Stille — ganz in der Nähe. Anders drehte den Kopf und sah Erik Skindtoft auf sie zukommen.

„Guten Abend, ihr beiden Burschen!“ sagte er mit seiner brummelnden Stimme. „So, Du bist nach Haus gekommen, Per! Ja, ja, — ich hab davon gehört, ich hab davon gehört. — Ist ne Satanssache — Ihr kommt nicht vom Feld —“

„Nein,“ murmelte Per Hjarmsted. Der andere setzte sich auf den Deich neben sie und dampfte aus seiner kurzen Holzpeife.

„Seit ist der 20. April,“ sagte er dann. „Er hat seine Kinder früh draußen — bei der Kälte am Tag und dem Frost in der Nacht.“ Er zeigte über die Wiesen hin, wo eine Menge Jungvieh von Stabn frei umherlief.

„Mich dünkt nun, Ihr solltet die Rälber und den ganzen Quark da mit nach Hause nehmen,“ fuhr er fort; „die könnten ein bißchen Wärme in den Leib gebrauchen; wär nicht unmöglich, daß ihr gleichzeitig den Eigentümer ein bißchen besser in Gang brähtet.“

„Wenn wir sie an uns nähmen?“ sagte Per Hjarmsted. „Ja! — Will er dann seine Geldduhen nicht bezahlen, so könntet Ihr ja Auktion über die Tiere abhalten und Euer Geld auf die Art einbringen. Dazu wäre keine Dringlichkeit nötig, abgesehen vom Kirchspielvogt, und der kann nicht vertreiben.“

„Wie viel Geldduhen könnte es denn werden?“ fragte Per Hjarmsted mit nicht geringem neuertwachten Interesse in der Stimme.

„Die Aufnahmegebühr beträgt 3 Mark für ein junges Kind und 24 Schilling Futtergeld für jeden Tag, den es unangeholt bleibt. Wenn Ihr nun so an die fünfzig Stück Kinder nähmt, die zur Zeit wohl da unten herumlaufen, sieh, dann wären's ja zuerst nur 25 Reichstaler Aufnahmegebühr, — und dann kam es ja im übrigen darauf an, wie lange es dauerte, bis er sich entschloß, sie abholen zu lassen.“

„Ja, aber dann wird doch auch dagegen ein Verbot erlassen,“ sagte Per Hjarmsted und tat, als schlug er das Ganze in den Wind.

Schätzung der Deutschen zu werden, und gegen 1916 erschien das schöne und ergreifende Buch der Marcelle Cays „Eine Frauenstimme jenseits des Handgemenges“. Das lautiende Jahr brachte bereits in seinen ersten Monaten den erschütternden Frontroman von Henri Barbusse „Le feu“, der in wenigen Wochen Welttriumm gewann, und aus den letzten Wochen sind Bücher und Aufzeichnungen von Georges Duhamel, Marcel Martinet, René Arcos, Frans Raiceel, Alexander Mercereau und anderen zu erwarten, die gleichfalls im Sinne der Menschlichkeit und Billigkeit gehalten sind.

Vom Kürbis.

In ansehnlicher Fülle lagern jetzt die Kürbisse in den Auslagen der Grünkaufgeschäfte, kugelig oder ellipsoidisch, verschieden in Farbe, Form und Größe. Schon im Altertum hatte man mancherlei Formen von Kürbissen und im Mittelalter erfreute sich diese Frucht eines solchen Ansehens, daß man sie in einem besonderen Teil des Pflanzengartens, dem Kürbisgarten, heranzog.

Der Anbau des Kürbisses war übrigens im höchsten Grade lohnend. Blätter und Wästen wurden zu Heilzwicken verwendet, das zubereitete Fleisch wurde als leckerer Nachschick verzehret und die Schale wurde zu Gefäßen benutzt. Zu diesem Zwecke wurde aus dem vollreifen Kürbis das Fleisch herausgenommen und das Innere mit einem Schabeisen deutnam ausgekrat.

Am Rheine baut man den gemeinen Kürbis in vielen Spielarten zur Schweinemaß an; in Südeuropa dagegen werden Kürbisse verschieden zubereitet allgemein geessen, namentlich ist die Kultur einer kleinen Frühorte, deren Früchte von Größe unserer Gurken den ganzen Sommer hindurch abgepickelt werden können, in Griechenland weit verbreitet, und liefert neben wohlschmeckendem Salate gekochte auch ein beliebtes Gemüse.

Am Rheine baut man den gemeinen Kürbis in vielen Spielarten zur Schweinemaß an; in Südeuropa dagegen werden Kürbisse verschieden zubereitet allgemein geessen, namentlich ist die Kultur einer kleinen Frühorte, deren Früchte von Größe unserer Gurken den ganzen Sommer hindurch abgepickelt werden können, in Griechenland weit verbreitet, und liefert neben wohlschmeckendem Salate gekochte auch ein beliebtes Gemüse.

Notizen.

— Vorträge. Im Zeissing-Museum findet am Donnerstag 8 Uhr ein Storm-Abend statt.

— Wer hat den eisernen Hindenburg auf dem Gewissen? Der Bildhauer O. Schimmelpennig teilt uns mit, daß dem Malec Marschall keineswegs durch Urteil der 21. Zivilkammer die Urheberchaft am eisernen Hindenburg zugesprochen ist. Vielmehr wird diese Frage erst durch einen anderen Prozeß — nach Friedensschluß — entschieden werden.

— Der Vernichter des Ruhrbazillus. Nach einer in der Pariser Akademie der Medizin gemachten Mitteilung ist es Dr. d'Herelles gelungen, einen Bazillus zu züchten, der sich als erbitterter Feind des Erregers der Ruhrerkrankung, des sog. Shigobazillus, erweist.

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

Er hörte einen Wagen in den Hof einfahren. Wenige Minuten darauf kam sein Vater zu ihm heraus. — Er sagte gar nicht Gutenabend, sondern setzte sich gleich auf den Deich neben seinen Sohn.

„Ja, — er hat wieder Aufschub bekommen bis zum 20. Juni.“

Anders sah zu seinem Vater hinüber und lächelte.

Eine gute Weile danach sagte der Alte: „Der Gardesvogt hat zu mir gesagt, als ich ging, — während wir allein waren, — daß es das letztmal war, daß dem Kristen Faurholt der Aufschub bewilligt würde.“

„Ja, — dann bekommt er ihn ja auch wohl nicht mehr.“

„Doch; ich habe keinen Glauben mehr in der Sache, das kann ich Dir gut sagen, Anders.“

„Ja, es ist lange her, seit ich meinen verloren hab.“

Es entstand wieder ein langes Schweigen.

„Ich glaube, es kommt daher,“ sagte der Alte, „daß wir's verkehrt angefangen haben. Mit dem Verbotswesen ist kein Auskommen. Und wenn sie so damit fortfahren können, sich Aufschub geben zu lassen —“

„Ja, denke, das beste wär, man nähme einen Eichenknüppel und ginge zum Thinghof und schlug den Adjunkten da nieder. Das ist sicherlich das einzige, was helfen kann.“

„Wir sollten so einzurichten suchen, daß die andern gegen uns prozessieren; das, glaube ich, würde besser glücken. Und dann würden wir die Verbote hier vermeiden.“

„Ich kann nicht begreifen, daß Ihr je Prozesse geführt habt, Vater. Habt Ihr denn jemals Eure Sache gewonnen außer dem einen Mal, als Ihr Aren Thomsen da nördlich im Alee zuschanden schlugt?“

„Gewiß, gewiß — gewiß, gewiß!“

„Na ja, — und dann damals, als Ihr Amtmann Fibiger als Richter hattet —“

Der Alte schwieg lange, bis er gewiß vergessen hatte, wovon zuletzt geredet worden war, und wieder mit seinem „Das Ganze läßt sich verkehrt an“ ins Feld rückte; „wir sollten die andern den Anfang machen lassen, und dann sollten wir keine Verbote haben —“

Anders schüttelte den Kopf. —

„Nein, nein — nein, nein, das kann er unmöglich verbieten, wenn ihr dies Vieh auf Eurer eigenen Wiesenparzelle aufgreift und ihm von vornherein gesagt habt, daß Ihr da keine fremden Rinder laufen lassen wollt.“

„Wenn er es fertig bringt, daß Zweifel entstehen,“ nahm jetzt Anders das Wort, „ob das Pajmoor gemeinsamer Besitz ist oder nicht, so kann er's wohl auch fraglich machen, ob die Wiesen parzelliert sind oder gemeinschaftlich.“

„D nein!“ sagte Erik Skindtoft, „das ist etwas ganz anderes, auch weil Du alle Männer im Kirchspiel in dieser Sache auf Deiner Seite haben wirst. Aber es kann ja auch nicht für zweifelhaft angesehen werden, daß die Wiesen parzelliert sind, denn in dem einen Jahr werden doch die nördlichen Wiesen zur Heumachd gebraucht und die Südwiesen als gemeinschaftliche Weide, und im andern Jahr benutzt man die Südwiesen zur Heumachd — ein jeder seine Parzelle — und die Nordwiesen als gemeinschaftliche Weide.“

„Ja, aber die Kirchspielleute werden das gewiß nicht gern sehen, daß die gemeinschaftliche Weide nicht länger bestehen soll. Dann müssen sie ja das Vieh antäuben.“

„Ja, ganz recht. Aber sie werden schon alle nein sagen, wenn Kresten und der Adjunkt anfangen, davon zu reden, daß die Wiesen allgemeiner Besitz wären. Und das wäre doch die einzige Art, wie sie Dir verbieten könnten, das Vieh ins Haus zu nehmen, das auf Deine eigene Parzelle kommt.“

Ein paar Minuten verstrichen in Schweigen. Doch Erik Skindtoft konnte wohl erkennen, daß seine Worte ihre Wirkung getan hatten.

Plötzlich sagte Anders: „Ja, so soll es auch gemacht werden. Und zwar auf der Stelle. Solange Aren Faurholt noch der einzige ist, der sein Vieh draußen hat.“

Er stand auf und machte sich auf den Weg nach seinem Gehöft. Als er sich ein wenig entfernt hatte, drehte er sich um und sagte: „Vater, wollt Ihr jetzt gleich mit mir nach Stabn hinfahren? — Dann könnten wir ja auch den Großknecht mitnehmen, um einen Zeugen dabei zu haben.“

Erik Skindtoft ging mit und half ihnen beim Ausspannen; er schien sehr vergnügt zu sein. „Ja, jetzt müßt ihr übrigens tüchtig zusehen,“ sagte er, „damit ihr hinfommt, eh Kresten zu weit geht. Wenn ihr nach halb zehn kommt, trifft ihr ihn nicht mehr an.“ —

(Fortf. folgt.)



Unsere Feldpost-Abonnenten

biten wir, ihr Abonnement für Oktober mög- lichst bald erneuern zu wollen. Soll in der Zu- stellung des „Vorwärts“ zu Anfang des Monats keine Unter- brechung eintreten, so müssen wir die Ueberweisung der ein- zelnen Adressen an die Post

schon von Mitte September an

bewirken, weil die Post sonst nicht in der Lage ist, diesen Tausenden von Abonnenten die Zeitung rechtzeitig und regel- mäßig zu bestelle.

Anfangs des Monats gehen uns besonders zahlreiche Be- schwerden zu. Wir können denselben nur durch frühzeitige Ueberweisungen abhelfen, was wiederum zur Vorauszahlung hat. daß die Einzahlung des Abonnementbetrages von 1,30 M. pro Monat schon jetzt, nicht erst Ende des Monats erfolgt.

Die Zusendung des Abonnementbetrages erbitten wir, wenn irgend möglich, mittels Postanweisung, auf welcher der genaue Absender anzugeben ist. Mitteilungen können gleich auf der Rückseite gemacht werden. Um unliebsame Ver- wechslungen und Irrtümer zu vermeiden, dürfen wir wohl um recht deutliche Schrift bitten. Adressenveränderungen sind auch uns sofort mitzuteilen.

Also frühzeitige Erneuerung des Abonnements!

Verlag des „Vorwärts“.

Groß-Berlin

Kohlen Sorgen.

Die Kohlenabteilung der Kriegsamtsstelle in den Marken schreibt:

Die Ausgabe der Kohlenkarte hat zur Folge gehabt, daß die Bevölkerung sich in großem Maße an die zuständige Stelle ge- wendet hat mit der Bitte um Bewilligung von Sonder- zuweisungen von Kohle mit der Begründung, daß sie mit der zugeteilten Menge nicht ausreichen könne. Diesen Anträgen kann mit Rücksicht auf die allgemeine Kohlen- knappheit zunächst nicht stattgegeben werden. Es ist daher zwecklos, jetzt derartige Anträge einzureichen. Die Antragsteller übersehen offenbar, daß die jetzt auf die Kohlenarten beziehbaren Mengen nicht den ganzen Winterbedarf decken sollen und im Laufe des Winters eine abermalige Austeilung von Kohlenarten stattfinden wird.

Daß die Antragsteller das „übersehen“, ist begreiflich. Wer die Kohlennot des vorigen Winters an eigenen Leiden kennen gelernt hat, wird die Sorge der Vielen verstehen, die schon jetzt nach Zu- weisung von mehr Kohlen rufen.

Die Kohlenabteilung scheint übrigens von solchen Antragstellern so überlaufen zu werden, daß sie sich öffentlich dagegen wehrt. Eine von ihr veröffentlichte Mitteilung, daß die Kohlenabteilung der Kriegsamtsstelle in den Marken sowie die Kohlenstelle Groß-Berlin vom 12. September ab nach Linkstraße 25 verlegt sind und die Besuchszeit für das Publikum auf 9—12 Uhr vormittags festgelegt ist, enthält den Zusatz: Die Nachmittagsstunden müssen der Bearbeitung der eingegangenen Anträge vorbehalten bleiben, daher kann zu dieser Zeit kein Empfang von Antragstellern stattfinden.

Die Koksabfuhr aus den Gaswerken

hatte schon in Friedenszeiten darunter gelitten, daß Fuhrunternehmer zu billigen Preisen nicht leicht zu finden waren. In der Kriegszeit sind bei den Gaswerken der Stadt Berlin infolge des Mangels an Fuhrwerk und Pferden die Schwierigkeiten noch sehr viel größer geworden, und besonders im letzten Winter war es an Frosttagen unmöglich, auch nur die öffentlichen Gebäude, die Schulen, Krankenhäuser usw. mit Brennstoffen ausreichend zu versorgen. Zur Sicherstellung der Kokslieferung für die nächsten Monate und auch für die Zeit nach Friedensschluß hält der Magistrat die Anschaffung von zwei Fahrzeugen für notwendig, die der Gasanstalt in der Danziger Straße zur Verfügung zu stellen wären. Schon im Dezember 1915, als der gesamte Koksverkehr stockte, wurden zwei derartige Automobile angekauft. Neue Benzol- oder Benzolautomobile können zurzeit nicht gekauft werden, aber die Militärbehörde gibt alte Automobile etwa zur Hälfte des Neu- preises ab. Auch die Berliner Gasanstalt in Tegel soll zur Koks- abfuhr drei Automobile erhalten, von denen zwei bei der Militär- behörde gekauft werden sollen. Das dritte wird ein Dampf- automobil sein, das mit Koks betrieben werden kann. Dampf- automobile sind nicht beschlagnahmt und kommen jetzt in den Handel.

Die Gasverbrauchseinschränkung

macht scheinbar dem Reichskommissar für Elektrizität und Gas reichlich zu schaffen, weil viele Gasverbraucher ihre Anträge auf Ausnahmegewilligung an ihn richten zu müssen glauben. Amtlich wird jetzt darauf hingewiesen, daß alle Anträge auf Be- willigung von Ausnahmen von den Bestim- mungen der Gasverordnung nur an die Gemeinde- behörde des betreffenden Wohnortes zu richten sind. Die Ent- scheidung erfolgt nach den Grundbüchern, die der Kohlenverband Groß-Berlin einheitlich für das ganze Verwaltungsgebiet auf- stellt hat.

Die städtische Kriegshinterbliebenenfürsorge erteilt in ihren 23 Bezirksstellen und in der Hauptgeschäftsstelle Poststr. 5 III allen Hinterbliebenen der in diesem Kriege Gefallenen unentgeltlich Rat und Auskunft in allen Angelegenheiten. Die Hinterbliebenen finden Hilfe bei Verfolgung ihrer Anträge auf die gesetzlichen Renten und Zuwendungen und erhalten Auskunft in allen Fragen der Berufs- und Rechtsberatung. Es kann ihnen nur dringend geraten werden, die Inanspruchnahme der Einkommenssteuer zu vermeiden, da ihnen hierdurch unnötige Kosten entstehen. Jeder Hinterbliebenen wende sich an die Bezirksstelle, in deren Bereich sein Stadtbezirk liegt. Zu welchem Stadtbezirk und zu welcher Bezirksstelle er gehört, erfährt er bei jedem Polizeirevier, bei jeder Steuerkasse und bei jedem größeren Postamt.

Der Raubmord in der Kobaldisstraße ist noch nicht weiter auf- geklärt. Auf die Bekanntmachungen an den Anschlagläufer und in- folge der Zeitungsnachrichten haben sich bei der Kriminalpolizei schon viele Leute gemeldet, die diese und jene Angaben über den Verlehr, die Geistesverwirrungen und den Aufenthalt der ermittelten Schankwirtin Jakob machen. Auch Gäste, die am Sonntag noch vorübergehend bei ihr waren, haben sich gemeldet. Gesehen wurde Frau Jakob am Sonntag nachmittags noch um 1 Uhr in einem Ge- müseladen in der Kobaldisstraße. Nach allen Bekundungen ist es ausgeschlossen, daß sie am Sonntag nachmittags um 4 Uhr den Mord- vorgang an der Eingangstür selbst heruntergelassen hat. Sie hatte auch Sonntags ihre Wirtschaft immer solange als möglich auf. Die Brillanten, die ohne Zweifel geraubt worden sind, befanden sich in einer schwarzen Tasche. Es handelt sich um Ringe, Kolliers und dergleichen, wohl zum größten Teil Sachen, die sie als ver- fallene Pfänder kaufte.

Für 10 000 Mark Waren erbeuteten Einbrecher in dem Schürzen- und Wäschegepäck von Martha Wendner in der Neuen König- straße 83.

Wer ist die tote? Aus dem Humboldthafen gelandet wurde die Leiche einer unbekanntem Frau von etwa 30 Jahren. Die Er- trunkene ist etwa 1,65 Meter groß und schlank, hat dunkelblondes Haar und trug eine graubraune Bluse und schwarzen Rock, Strümpfe und Schnürstiefel. Ihr Trauring ist 10. 2. 07 A. Werner gezeichnet. Als Schmuck trug sie einen ausgehöhlten Hanfstaaler.

Ein Portemonnaie mit etwas über 15 M. und einigen Fleisch- kartenabschnitten wurde Dienstagnachmittag in Neulösn von einer armen Kriegerfrau auf dem Wege von Zietenstraße nach Hermann- straße, Ecke Steinmehlsstraße, verloren. Der ehrliche Finder wird ge- beten, es an die Verliererin Frau Emma Reinte, Lichtentrad- Straße 55, abzugeben.

Die Ausstellung heimischer Filze in Märkischen Museum findet — schreibt uns der Magistrat — sehr starken Zuspruch. Viele Besucher bringen von ihnen selber gesammelte Filze mit, um sie mit den ausgestellten zu vergleichen. Die günstige Witterung er- möglichte es, allmählich nur gute Stücke auszustellen. Auch konnte die Zahl der Arten erheblich vermehrt werden, so daß jetzt 82 ver- treten sind. Die Ausstellung bleibt noch einige Zeit geöffnet, täg- lich von 10—3 Uhr.

Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters heute im Stadt- theater in Roabit, Alt-Roabit 47/48. Beginn 8 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Charlottenburg. Dienststunden der Protokommissionen. Mit Rück- sicht auf die Ertrarnis von Licht und Kohlen werden in Charlotten- burg die Dienststunden der Protokommissionen von Montag, den 17., ab auf die Zeit von 10—4 Uhr verlegt werden.

Neulösn. Kartoffelbelieferung. Wegen Nachlassens der Zufuhr war es nicht möglich, die gesamte Bevölkerung auf die Kartoffelarten- abschnitte 71a bis 71c in der Woche vom 8. bis 9. September zu beliefern. Aus diesem Grunde werden die Kartoffelartenabschnitte der vorigen Woche noch in dieser Woche Gültigkeit behalten.

Von morgen bis nächsten Mittwoch können auf Abschnitt 54 der Lebensmittelkarte 1/2 Pfund und Kunstbrot entnommen werden. Der Preis für ein Pfund Kunstbrot beträgt 35 Pf., für Rollenpackung 60 Pf. Vom Freitag bis nächsten Mittwoch ge- langt auf Abschnitt 55 ein halbes Pfund Gersten- fabrikate für 15 Pf. zur Verteilung. Um den Andrang zu vermeiden, der beim letzten Verkauf von lebenden Hühnern ein- getreten ist, können schon jetzt Vorbestellungen im Zimmer 307 des Rathauses, Abteilung für Fleischversorgung, abgegeben werden. Die näheren Bedingungen werden im Bureau mitgeteilt.

Schöneberg. Lebensmittel. Vom Donnerstag ab wird Fleisch von Jungschweinen verteilt, das der Marktpflicht und dem Höchst- preis nicht unterliegt. Das Fleisch wird von den Schlachtern nur an ihre eingetragenen Kunden abgegeben. — Auf das Kopfstück der Brotkarte dieser Woche können noch zwei Pfund Kartoffeln bei den ständigen Kartoffellieferanten oder falls dies nicht möglich, in einer der städtischen Verkaufsstellen entnommen werden. — Auf Abschnitt 30 der Eierkarte gelangt bis zum 23. September ein Ei a 30 Pf. zur Verteilung.

Die Charlottenburger Wasserwerke gegen den Magistrat. Vor dem Bezirksauschuss zu Potsdam stand gestern die Verwaltungs- streitfrage der Charlottenburger Wasserwerke gegen den Schöneberger Magistrat an. Es handelt sich hierbei um einen Steuerbetrag von 300 000 M., zu dem die Charlottenburger Wasserwerke, die ihren Sitz in Schöneberg haben und auch die dortige Einwohnerschaft mit Wasser versorgen, vom Magistrat auf Grund der von den Schöne- berger städtischen Körperschaften beschlossenen besonderen Gemeindegewerbesteuer für das Steuerjahr 1916 veran- lagt war. Wegen dieser Veranlagung haben die Wasserwerke Ein- spruch erhoben und beantragt, sie von der Steuer freizustellen. Nach kurzer Beratung wies der Bezirksauschuss die Klage ab, da die Grundbesitzer, nach denen die Sondersteuer erhoben wird, den gesetz- lichen Anforderungen genügt. Wahrscheinlich wird die Angelegen- heit noch das Oberverwaltungsgericht beschäftigen.

Wilmersdorf. Schokolade und Keks für Kinder. Von heute bis einschließlich Sonnabend werden durch die Protokommissionen aus- gegeben: Bezugsheime über 8 Bäckchen Keks zum Preise von 1,20 M. für Kinder bis zu 2 Jahren, Bezugsheime über 100 Gramm Schoko- ladenpulver zum Preise von 1,10 M. für Kinder vom vollendeten 2. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre und Bezugsheime entweder über eine ganze Tafel Schokolade von 100 Gramm zum Preise von 1,40 M. oder über eine halbe Tafel Schokolade von 125 Gramm zum Preise von 1,50 M. für Kinder vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 12. Lebensjahre.

Kartenverteilung an Kinder und Kranke. Die für Kinder bis zu 6 Jahren bestimmten neuen Vollmilchsorten und Jucker-Zusatz- sorten gelangen bis Sonnabend in den Protokommissionen von 9—1 Uhr zur Ausgabe. Die Ausgabe der auf Grund ärztlichen Zeugnisses bewilligten Vollmilchsorten und Zusatzfleischsorten erfolgt buchstabenweise von morgen bis nächsten Dienstag werk- täglich von 9—2 und 5—7 Uhr durch die Krankenernährung Wilhelmshaus 114/115.

Lichtenberg. Zuckerverteilung. Auf die Abschnitte 105 S und K wird je 1 Pfund und auf die Abschnitte 105 G, J und H je 1/2 Pfund Zucker verabfolgt. Die Abschnitte sind bis Sonnabend beim Ver- käufer abzugeben. Die Verteilung der Ware erfolgt dann vom 18. ab.

Die Ausstellung von Bezugsheimen für Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren sowie der An- und Verkauf getragener Klei- dungstücke findet von jetzt ab in der Frankfurter Allee, Ecke Kronprinzenstraße (Eingang Kronprinzenstraße) wochentäg- lich von 8—3 Uhr, ferner Mittwochs und Sonnabends von 5—7, Son- ntags von 9—12 Uhr statt.

Kreis Teltow. Verfühe gegen die Wahlvorschriften für Brot- getreide. Gegen die zwingende Vorschrift der Reichsgetreidestelle, Brotgetreide mit mindestens 94 Proz. auszumahlen, wird noch immer verstoßen. Der Vorsitzende des Teltower Kreisaußschusses, Landrat v. Achenbach, macht daher darauf aufmerksam, daß bei fer- neren Verstößen gegen diese Vorschrift die Säkierung des Mühlen- betriebes erfolgen müßte, in dem Brotgetreide nicht mindestens bis 94 Proz. ausgemahlen wird. Dies gilt auch für Brotgetreide der Selbstverfoger. Ausnahmen hat die Reichsgetreidestelle nicht zu- gelassen.

Steglitz. Die Gemeindevertretung wird sich am Freitag mit der Lebensmittel-, Kohlen-, Gas- und Elektrizitätsversorgung be- schäftigen, sowie mit der Frage des Verkaufs der Englischen Gas- anstalt. Bekanntlich steht auch Steglitz in dieser Angelegenheit auf der Seite der Stadt Berlin.

Treptow. Dem Mieteinigungsamt ist auf Grund der Bundesrats- verordnung die Ermächtigung zur Fortsetzung und Lösung der Miet- verträge bei streitigen Fällen auf Anrufen der Mieter und der Ver- mieter erteilt worden.

Eröffnung einer neuen Bürgerküche. Neben den beiden Bürgerküchen in der Wildenbruch- und Baumföhlenstraße wird eine neue Essenabgabestelle am 1. Oktober am Treptower Park 51 eröffnet; der Preis des Mittagessens beträgt 40 Pf.

Oberschöneweide. Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung teilte der Bürgermeister mit, daß das Kaufangebot der Gemeinde auf das Werk Oberspre der Englischen Gasanstalt von der Regierung, ohne Angabe von Gründen, abgelehnt sei. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, erneut zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen sowie das erste Kauf- anbot auch bei der zweiten Ausschreibung des Werkes Oberspre abzugeben. Interessant ist, daß die Gemeinde, bevor die abschließende Erklärung der Regierung, über die Angebote der Stadt Berlin und der beiden in Frage kommenden Landkreise durch die Presse zur Kenntnis gelangte, aufgefordert wurde, ihr Angebot zu hohes Angebot zurückzuziehen. Dieses Ansuchen wurde abgelehnt. Eine Frage bedarf aber noch der Klärung, zu wessen Gunsten sollte unsere Gemeinde ihr zu hohes Angebot zurückziehen? Dem Berliner Magistrat kann der Vorwurf nicht erpart werden, daß er es anscheinend als unter seiner Würde hielt, sich auch mit unierer Gemeinde vorher in Verbindung zu setzen, trotzdem auch dort bereits bekannt ist, daß sich ein sich abgeschlossenes Werk am Ort befindet.

Ueber die der Zinkraffinerie entweichenden, säuerlich riechenden Rauchschwaden, welche nicht nur die Be- völkerung belästigen, sondern auch jegliche Vegetation in der Um- gegend schädigen, soll Beschwerde bei der Gees- verwaltung erhoben werden. Die Verkeilung, von der trotz mehrmaliger Aufforderung keine Abhilfe geschaffen wird, verleiht sich stets hinter ihre Heereslieferungen und dabei bleibt es bei den Giftgasen. Auch Berlin hat ein Interesse an der Beseitigung dieses Zustandes wegen der Nähe der Buhelbe. — Die Bewilligung von 400 000 M. zu Lebensmittelkäufen führte dazu, daß von den Vertretern der dritten Abteilung die Mängel in der Lebens- mittelversorgung besprochen und die Anmahnungen des Lebensmittelbureaus und des Gemeindevorstandes, sich eigenmächtig die Rechte der bestehenden Kriegskommission anzueignen, aufs ent- schiedenste zurückgewiesen wurden. Sollte eine Aenderung nicht ein- treten, so wollen die Mitglieder dieser Kommission ihr Amt nieder- legen und jegliche Verantwortung ablehnen.

Freidrichshagen. Verkauf von Buchkonserven. Heute gelangt auf Abschnitt 40 der Lebensmittelkarte B u r z in Dosen zum Ver- kauf. Auf zwei Portionen entfällt eine Zwerpfunddose. Der Ver- kauf findet in der Durchfahrt des Rathauses von 8—12 und 4—6 Uhr statt, und zwar wird abgegeben auf die Nummern 5001 bis 10 000.

Kowames. Lebensmittel. Heute gelangen in den fünf Verkaufsstellen der Gemeinde Seefische auf Abschnitt 5 zum Verkauf. Auf Ab- schnitt 4 findet die Ausgabe von Hahnenstuden statt. Die Karten- inhaber haben heute und morgen den Abschnitt bei dem Kleinhändler abzugeben, bei dem sie die Ware zu beziehen wünschen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute Mittwoch, den 12. September, abends 8 Uhr: Parteiveranstaltungen der sozialdemokratischen Vereine Groß-Berlins.

In allen Versammlungen werden Beiträge kassiert und neue Mitglieder aufgenommen. Allen Genossen und Ge- nossinnen, die den Hebertritt noch nicht vollzogen haben, ist dazu heute abend Gelegenheit gegeben.

Berlin I. Bei Glau, Kommandantenstraße 88.

- Berlin II. 1. und 2. Abteilung, Westen, bei Schneider, Winterfeldstr. 8. 3. und 4. Abteilung, Süden und Friedrichshagen, Lindenstr. 2, 2. Hof links III. 5. Abteilung, Süden, bei Mann, Hornstr. 2. 6. Abteilung, Süden, bei Schuster, Chamissoplatz 4. 7. Abteilung, Süden, bei Reim, Urbanstr. 29. 8. Abteilung, Süden, bei Cwalb, Schönleinstr. 6.

Berlin III. Im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

- Berlin IV. Petersburger Viertel im Lokal von Karl Kühne, Schönerstr. 58. Landsberger Viertel im Glysium, Landsberger Allee 40. Frankfurter Viertel bei Becker, Weberstr. 17. Stralauer Viertel bei C. Nash, Warzhauer Str. 57. Wörliger Viertel bei Daus, Laufäher Str. 46. Köpenicker Viertel bei Fröhlich, Ruskauser Str. 1.

Berlin V. In Siegmunds Festhöl, Linienstr. 8 und Joststr. 4.

- Berlin VI. 1. bis 7. Abt. (Schönhäuser Vorstadt) bei Reinhold (II. 9), Schön- hauser Allee 143, am Hochbahnhof Danziger Straße. 8. Abt. bei Hoffmann, Spinnminder Str. 47. 9. Abt. bei Obigla, Stralauer Str. 11. 10. Abt. bei Garus, Volkastr. 37. 11. Abt. bei Spiegel, Ackerstr. 1. 12. u. 15. Abt. bei Reuter, Birkenstr. 29a. 13. u. 14. Abt. bei Wüher, Waldstr. 31. 16. u. 17. Abt. bei Sachse, Lindower Str. 26. 18. u. 19. Abt. im „Schwedengelt“, Schweden- u. Sparglerstr.-Ecke. 20. Abt. bei Fruch, Weddingstr. 5. 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104.

- Teltow-Bredlow. Baumföhlenweg bei Erbe, Baumföhlenstr. 14. Bohnsdorf, Restaurant Grabow, am Bahnhof. Brieg, bei Bahr, Berder Str. 37. Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 4 (Kleiner Saal). Mariendorf, bei Koch, Chausseestr. 44. Neulösn. 1. bis 4. Bezirk bei Schulz, Reuberstr. 47, Ecke Renau- straße; 5. u. 6. Bezirk bei Schittler, Reichelstr. 5, Ecke Donau- straße; 7. bis 9. Bezirk bei Zden, Boddinstr. 58, Ecke Niarstraße; 10. bis 12. Bezirk im Turnerheim, Töbuische Str. 13; 13. bis 17. Be- zirk bei Gensel, Hermannstr. 178; 18. bis 20. Bezirk bei Ridanom, Prinz-Handjert-Strasse 60; 21. bis 24. Bezirk bei Gensel, Herfurthstr. 27. Schöneberg. Im Lokal „Neue Rathauskaffe“. Tempelhof. Bei Müller, Berliner Str. 97. Treptow. Im Lokal „Zur Ringelhaube“, Grachstr. 1. Wilmersdorf. Bei Schäfer, Brandenburgische Str. 60.

- Niederbarnim. Oberschöneweide bei Ladewig, Laufener Str. 5. Panfow-Niederföhnenhausen-Buchholz bei Settelorn, Niederföh- nhausen, Lindenstr. 1. Reinickendorf-Ost im Lokal von Döckner, Refidngstr. 50 (Ede Marktstraße). Reinickendorf-West bei Schäfer, Antonienstr. 10.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zunächst noch warm, heiter und trocken, nachts kühl, in der Nachmittagsstunden ziemlich warm, später im Westen Zunahme der Bewölkung.

Aus der alldeutschen Häuslichkeit.

Stiftung in der Berliner Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes haben zu einer Privatklage geführt, die gestern in der Berufungssitzung vor der 7. Senatskammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gonsbruch verhandelt wurde.

(Dem Kläger) moralisch einzugestehen und ihn als Vorsorgenden unmöglich zu machen. Die Tatsache, daß er (Kläger) einstimmig zum Vorsorgenden wiedergewählt worden sei und unter seiner Leitung die Berliner Ortsgruppe die Zahl ihrer Mitglieder von 500 auf 1300 gesteigert habe, beweise ohne weiteres die Nützlichkeit des Vorwurfs der Taktlosigkeit und Inkompetenz.

Ist seinerzeit der Karleträger des Justizrats Stolte gewesen, mit dem Auftrage, Herrn v. Strang auf Bistolen zu fordern. Er wehrt, daß nicht von derartigen Gepöhlungen worden ist, sondern in etwas hypothetischer Form von Taktlosigkeit.

Gewinnansatz der 10. Preussisch-Österreichischen (236. Königlich Preussischen) Klassenlotterie

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sections for 'Ziehung wurden Gewinne über 144 Mk.' and 'Ziehung wurden Gewinne über 144 Mk.' with various prize tiers and numbers.

Direktion: Max Reinhardt. Deutsches Theater. 7 U.: Ein Sommertraum. Donnerstag 7 1/2 U.: Soldaten.

Theater d. Königgrätzerstr. 7 1/2 U.: Erdgeist. Komödienhaus 7 Uhr: Zum ersten Male: Die beiden Sechende.

Berliner Theater 7 1/2 U.: Die tolle Komödie. National-Theater Großer Erfolg! Täglich ausverkauft! Das ist die Liebe...

Theater für Mittwoch, 12. September. Deutsches Opernhaus 7 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Friedrich-Wilhelms-Theater 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater 8 Uhr: Im Bahnwärterhaus. Komische Oper 8 U.: Schwarzwaldmädel. Lustspielhaus 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof.

Residenz-Theater 7 1/2 Uhr: Die Warschauer Zitadelle. Berliner Konzerthaus. Eröffnung Freitag, den 14. Sept., mit einem Großen Konzert.

Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Die Czardasfürstin. Neues Operettenhaus Schiffbd. 4a. Kassent. N. 281 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Schiller-Theater O 7 1/2 Uhr: Vom andern Ufer. Schiller-Th. Charl. 7 1/2 Uhr: Der Revisor. Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.

Theater am Nollendorfsplatz 7 1/2 Uhr: Die Gulaschkanone. Theater des Westens 7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog mit Guido Thielscher.

Königl. Eisenbahndirektion. Zur Ueberleitung in die Winterzeit teilen am 16. u. 17. September d. J. folgende Fahrplanänderungen ein:

a) In der Nacht vom 16. zum 17. September. Es verkehren folgende Züge ab Berlin eine Stunde später: 0 208 Berlin ab 8 30 abds. (anstatt 7 30) - Halle (-Frankfurt [Main]).

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser Karl Seidel

Nachruf. Den Mitgliedern unserer gütigen Kollegen, der Metallarbeiter Albert Robert am 31. August gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! 18/17 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine innig geliebte Frau Lina Soyka am 8. September 1917 verstorben ist.

Allen Kollegen zur Nachricht, daß am 6. September unter aller Kollege, der Nordmaler Franz Schönfeld nach längerer Krankheit im Krankenhaus verstorben ist.

WINTERGARTEN. Der erfolgreiche Eröffnungs-Spielplan. Dazu: 9 Uhr abends Venezianische Nacht.

Zirkus A. Schumann. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet. Der Zirkus-Varieté-Spielplan u. a. die rotierende Leiter, die schweb. Nachgallien, 3 Turmkünster 3, Dir. Schumanns Meisterrd.

Berliner Prater-Theater. Kaffeehaus 7-9. Seite: Uha - famos! Gr. Musikanten-Operettenposse in 8 Akten mit Gesang u. Tanz.

Reichshallen-Theater Stettiner Sänger. Anfang 7 1/2 Uhr. Jed. Sonntag nachmittags 3 Uhr Vorstellung z. ermäßigten Preisen!

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Zigeuner. Casino-Theater Lothring. Straße 37. Täglich 7 1/2 Uhr: Striklicher Humor! Gr. Erfolg: Die Schlägerposse.

Heiratung mußte! Vorher der neue bunte Teil. Sonn. 4 Uhr: Gäste, die Perle.

Großen Konzert des Berliner Lehrer-Gesangvereins, Leiter: Hanns Miesner, 2. Chormeister, unter Mitwirkung des Berliner Konzerthaus-Orchesters, Leiter: Komponist Franz von Sion. Anfang 7 Uhr.

URANIA 8 Uhr: Die Befreiung Ostgaliziens und der Bukowina.

Apollo Friedrichstraße an der Kochstr. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Frogolla, Paul Beckers und das große September-Programm. Kassab. ab 10 Uhr geöffnet.

Trianon-Theater a. Bf. Friedrichstr. Tel. Zt. 4927 Anf. 7 1/2 U. Der Anf. 7 1/2 U. reizende Adrian Sonntag nachm. 3 1/2 U. Uhr bei ermäßigten Preisen: Johannafeuer von Sudermann.

Voigt-Theater. Badstr. 55. Badstr. 55 Sonntag, den 16. September, abends 7 Uhr: Was junge Mädchen träumen! Eröffnung der Winterpielzeit Montag, den 17. September: Die Dimmelsleiter.

Palast Tägl. 7 1/2. Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2. Wilhelm Hartstein in dem Soldatenschwank: Der Stolz der 3. Kompagnie Fern: Senta Sücland Maxstadt und das übr. Programm.

Spezialarzt Dr. med. Weckenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.), f. Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Ehrlich-Hata-Kur (Dauerkur), Blutuntersuch. Schmelze, sichere schmerz. Heilung ohne Berufsstörung. Tel. zahlung. 22376 Sprechstund.: 11-1 u. 6-8.

Admirals-Palast. Heute zum 200. Male: 7 1/2 Uhr: Abra-kadabra Großes phantastisches Ballett auf dem Eise.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Weiberfeind.

Palast Tägl. 7 1/2. Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2. Wilhelm Hartstein in dem Soldatenschwank: Der Stolz der 3. Kompagnie Fern: Senta Sücland Maxstadt und das übr. Programm.

Spezialarzt Dr. med. Haedicke Harn-, Haut-, Geschlechtst., Syphil. (Behandlungsd. 12 T.), Blutunters. Ehrlich-Hata-Kur (Salvarsan)-K. Mod. schmerzlose Behandl. o. Berufsstörung. - Mäßige Preise. Teilzahlung. - M. (Moherstr.) Friedrichstr. 187-188 (Untergrd.) 11-1, 3-7, Sonntags 11-1.

Wie ein Wunder befestigt (1898) San-Rat Dr. Strauß Hanssalbe jed. Hautauschlag, Flechten, Hautjucken, bei Weinschäden, Krampfadern der Frauen u. dergl. Juckend, erl. der Nachnahme in Dosen a 2,30, 3,35, 6,00. Elefant-Apothek. Berlin, Leipziger Str. 74 (am Dönhofspl.).

Verband der freien Gait- und Schankwirte Deutschl. Zahnliste Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen Bohn, Auguste geb. Gabriel

Haar- u. Velourhüte Vorverkauf Stück 28 M. Lindeku. Rosenbalerstr. 36. II. Gehl. W. Bayerischer Platz 7, Ecke Brunnenbldstr. 56.

Spezial-Arzt Dr. med. Haedicke Harn-, Haut-, Geschlechtst., Syphil. (Behandlungsd. 12 T.), Blutunters. Ehrlich-Hata-Kur (Salvarsan)-K. Mod. schmerzlose Behandl. o. Berufsstörung. - Mäßige Preise. Teilzahlung. - M. (Moherstr.) Friedrichstr. 187-188 (Untergrd.) 11-1, 3-7, Sonntags 11-1.

Wie ein Wunder befestigt (1898) San-Rat Dr. Strauß Hanssalbe jed. Hautauschlag, Flechten, Hautjucken, bei Weinschäden, Krampfadern der Frauen u. dergl. Juckend, erl. der Nachnahme in Dosen a 2,30, 3,35, 6,00. Elefant-Apothek. Berlin, Leipziger Str. 74 (am Dönhofspl.).

Deutscher Transportarbeiterverband. Begrüßung des Kollegen Wilhelm Neumann von der Firma Dorf, Kappach-Weiler, am 2. d. M. im Alter von 70 Jahren verstorben ist.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Vater, Bruder und Schwager Friedrich Putenat nach kurzen schweren Leiden am 10. Septbr. verstorben ist.

Gelehrte Behandlungsräume für Damen und Herren! Sprech- und Behandlungszit. 9-1, 4-7 1/2 Uhr. Sonntags und Feiertags 9-1 Uhr. (am Bahnh. Jannowitzbrücke).

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser Karl Seidel

Verband der freien Gait- und Schankwirte Deutschl. Zahnliste Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen Bohn, Auguste geb. Gabriel

Deutscher Transportarbeiterverband. Begrüßung des Kollegen Wilhelm Neumann von der Firma Dorf, Kappach-Weiler, am 2. d. M. im Alter von 70 Jahren verstorben ist.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Vater, Bruder und Schwager Friedrich Putenat nach kurzen schweren Leiden am 10. Septbr. verstorben ist.

Gelehrte Behandlungsräume für Damen und Herren! Sprech- und Behandlungszit. 9-1, 4-7 1/2 Uhr. Sonntags und Feiertags 9-1 Uhr. (am Bahnh. Jannowitzbrücke).

Gelehrte Behandlungsräume für Damen und Herren! Sprech- und Behandlungszit. 9-1, 4-7 1/2 Uhr. Sonntags und Feiertags 9-1 Uhr. (am Bahnh. Jannowitzbrücke).

Gelehrte Behandlungsräume für Damen und Herren! Sprech- und Behandlungszit. 9-1, 4-7 1/2 Uhr. Sonntags und Feiertags 9-1 Uhr. (am Bahnh. Jannowitzbrücke).

Für Feldsoldaten! Deutsch-Polnisch 15 Pf. Deutsch-Französisch 15 Pf. Buchhandlung Dornbr. Berlin

Ärztl. geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt f. ambulator. Behandlung (Die wissenschaftl. an-... Künstl. Höhensonnen...)

Ärztl. geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt f. ambulator. Behandlung (Die wissenschaftl. an-... Künstl. Höhensonnen...)

Ärztl. geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt f. ambulator. Behandlung (Die wissenschaftl. an-... Künstl. Höhensonnen...)

Ärztl. geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt f. ambulator. Behandlung (Die wissenschaftl. an-... Künstl. Höhensonnen...)

Ärztl. geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt f. ambulator. Behandlung (Die wissenschaftl. an-... Künstl. Höhensonnen...)

Ärztl. geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt f. ambulator. Behandlung (Die wissenschaftl. an-... Künstl. Höhensonnen...)